1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 34 vom 26. August 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM



Der Streit

Streit ist ausgebrochen zwischen den verschiedenen Alternativen Listen. Es geht um die Haltung zur BAL in Bremen. Kampf bis aufs Messer kündigt ihr Ebermann in der „MOZ" an, die unterschiedlichsten Positionen werden in der „taz" verbreitet.

All jene, die angetreten waren, bzw. sind, die Grünen sozusagen nach links zu holen, den linken Teil der Grünen zu unterstützen usw., sie sind jetzt entzweit. Bedeutet die Bremer BAL wirklich das bundesweite Ende der Grün-Alternativen Listenbestrebungen, wie es aus Hamburg verlautete?

Ist die BAL wirklich das Einfallstor der DKP, von dieser beherrscht?

Der ganze Streit zeichnet sich im wesentlichen — bisher jedenfalls — dadurch aus, daß zwei entscheidende Fragen ausgeklammert werden, bzw. ihre Beantwortung vorausgesetzt.

1. Gibt es keine inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Aussagen der BAL, sowohl in ihrem Wahlprogramm als auch in ihren ganzen Debatten.

2. Gibt es nirgendwo eine ehrliche Bilanz darüber, wie man denn mit der vielbeschworenen Stärkung der Linken bei den Grünen wohl vorangekommen ist. Oder eben nicht.

Sicherlich: Die zahlreichen Kritiken an der DKP bestehen ja nun wirklich nicht zu Unrecht. Sowohl der immer wieder erhobene Vorwurf, da würde Machtpolitik betrieben, intrigiert und taktiert läßt sich an zahllosen Fakten beweisen, als auch die Kritik an der Politik der DKP sowohl was deren Haltung zur UdSSR betrifft, als auch beispielsweise zur Gewerkschaftsführung im DGB.

Aber immer deutlicher wird, daß es vielen „Linksbekehrern" bei den Grünen (von den rechten Grünen ganz zu schweigen) gar nicht darum geht, was die DKP macht. Sondern um eine „Abgrenzung" vom „traditionalistischen Ansatz", vom Klassenkampf, vom Kampf um die soziale Revolution.

Genau das aber repräsentiert die Bremer BAL. Weswegen auch unsere Partei sie entschieden unterstützt, ohne die Auseinandersetzung mit der DKP zu vermeiden. Der Streit, der jetzt bei den ALs ausgebrochen ist, unterstreicht, daß dies richtig ist.

1. September — Antikriegstag

Zwei NATO-„Partner" führen Krieg!

Während sich am diesjährigen 1. September, dem traditionellen Antikriegstag, bei vielen Versammlungen und Demonstrationen die Gegner der Atomraketen, die unser Land bedrohen, zu Wort melden, führen zwei Staaten, „Bündnispartner" der Bundesrepublik, Krieg. In Mittelamerika ziehen die US-Imperialisten ihren Ring um das freie Nicaragua immer enger, unterstützen mit allen Mitteln die konterrevolutionären Kräfte und lassen in El Salvador weiterhin die Freiheitskämpfer ermorden. Zur gleichen Zeit besetzen in einer konzertierten Aktion die USA und Frankreich große Teile des Tschad — für kein anderes Ziel als den Kampf gegen eine Befreiungsfront, die ihr Land vom Imperialismus unabhängig machen will.

Bei Redaktionsschluß dieser Ausgabe herrscht „Waffenruhe" im Tschad. Aber wenn man die Nachrichten genau verfolgt, kommt heraus, daß die Imperialisten eine starke Front im Tschad aufbauen. Aufklärungsflugzeuge der USA, „Berater" der US-Army, starke Kontingente der französischen Fallschirmjäger und Flugzeuge bilden eine Kette quer durchs Land. Der Kommandeur der französischen Truppen ist „Afrika-erfahren", hat sich seine Sporen im Algerien-Krieg verdient, hat dem Völkermörder Mobutu mit zur Macht verholfen, einem proimperialistischen Diktator, dessen Soldaten auch im Tschad stehen.

Und wieder ist der offizielle Grund die „Bedrohung der Freiheit". Als würde Nicaragua ernsthaft die USA, der Tschad Frankreich militärisch bedrohen. Weil man das nicht glauben kann, mußder „Revolutionsexporteuer" Ghaddafi wieder einmal herhalten. Dabei hat Frankreich „sein" Einflußgebiet in Afrika auch schon mit Waffengewalt gegen Aufständische verteidigt, als in Libyen noch ein prowestliches Königshaus regierte.

Bis August 1971 hatte de Gaulle tausende Fallschirmjäger drei Jahre lang im Tschad eingesetzt, Giscard d'Estaing schickte tausende Soldaten 1978 in das Land. Immer ging es nur um die weitere Beherrschung des Landes durch den französischen Imperialismus. Und die, die das damals wortreich kritisierten, Mitterand und die KPF — sie handeln heute genau wie ihre Vorgänger an der Regierung — nämlich neokolonialistisch.



Freiheitskämpfer im Tschad. Sie stehen heute im Kampf gegen die Imperialisten aus den USA und Frankreich — für Selbstbestimmung und nationale Unabhängigkeit — für Frieden!

Da ist von der „sozialistischen" und der „kommunistischen" Regierungspartei kein Protest zu hören. Wie damals in Algerien „verteidigen" sie die „nationalen Interessen". Die Mitterand-Partei unterstützt die Kriegspolitik „ohne Vorbehalte", die revisionistische KPF will lediglich ein offenes Eingreifen „so lange wie möglich" hinausschieben.

Und kein Protest erhebt sich gegen die NATO. Der Abschnittskommandant der NATO im Mittelmeer steuert den USA-Flugzeugträger „Eisenhower" vor die Libysche Küste, die US-Basen in Westdeutschland versorgen die Einheiten mit Nachschub. Ziemlich unberührt von den Auseinandersetzungen für eine konsequente Friedenspolitik stehen französische Soldaten — Soldaten einer kriegsführenden Armee — auf westdeutschem Boden. Der Widerstand gegen das NATO-Kriegsbündnis ist dringender denn je. Der Widerstand muß von der Friedensbewegung kommen. Gegen die Präsenz aller Truppen des NATO-Bündnisses in der Bundesrepublik. Gegen den imperialistischen Krieg! Raus aus der NATO!

Schluß mit der Bonner Unterstützung für die Faschisten in Ankara!

Die KPD ruft dazu auf, die Demonstration zahlreicher türkischer und kurdischer Organisationen am 10.9. in Köln zu unterstützen. Dies sollte gerade für deutsche Demokraten und Antifaschisten eine besondere Verpflichtung sein.

Denn: Bonn mordet mit in der Türkei!

Es gibt einem Regime politische Rückendeckung, das seine Gegner nicht nur einsperrt und foltert, sondern systematisch ausrottet. Hunderte von Todesurteilen bestätigen das ebenso wie die Morde in den Gefängnissen. Aber die Regierung in Bonn bescheinigt den Faschisten „Schritte in Richtung auf die Wiedereinführung der Demokratie"!

Darüberhinaus finanziert Bonn den NATO-Partner Türkei mit Millionen, allein mehr als 600 Millionen DM 1982/83. Unsere Steuergelder fließen in die Hände von Völkermördern.

Damit nicht genug: Bonn liefert den Henkern immer neue Opfer. Durch die Ausweisung von Asylbewerbern aus der Bundesrepublik.

Dagegen muß auch am 10.9. protestiert werden. Ebenso wie gegen die ganze menschenfeindliche Politik, die die Regierung gegen unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Mitbürger aus dem Ausland hier bei uns betreibt. Für die vollständige Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern.



Protestdemonstration gegen die faschistische Militärjunta in der Türkei

Demonstration Samstag, 10. September Köln, Ebertplatz Beginn: 10.30 Uhr

Auf 50 000 „eingerichtet"?

Volle Mobilisierung für die Bonner Stahlarbeiterdemonstration tut not!

Mit rund 50 000 Teilnehmern rechnet der Vorstand der IG Metall bei der zentralen Demonstration der Stahlarbeiter am 29. September in Bonn. Es gibt in der Stahlindustrie genügend Gewerkschafter, die dies als Zielsetzung für eine zu geringe Zahl halten. Wieviel auch immer: volle Mobilisierung tut not!

Möglichst viele müssen es sein, die den Bonner Herren die Kampfbereitschaft der Stahlarbeiter demonstrieren. So wird die große Teilnehmerzahl auch ein Hindernis dafür, dies als eine Alibiaktion kurz vor dem Gewerkschaftstag zu betreiben, wie es offensichtlich vom Vorstand eingeplant ist.

Die ausgegebene Losung „Für den Erhalt aller Stahlstandorte" ist natürlich, einmalmehr, zweischneidig. Zwar kann man eine solche Forderung durchaus als Forderung der Belegschaften auffassen, genauso können aber auch die Unternehmer sich damit anfreunden, weil die Allgemeinheit viel Spielraum läßt.

Und natürlich ist es auch ein Versuch die Verstaatlichungsforderung, die heute dem IGM-Vorstand wohl fast genauso ein Dorn im Auge ist, wie den Kapitalisten, unter den Tisch zu bügeln. Es wird also insgesamt darauf ankommen, was man aus der ausgegebenen Erhaltsforderung macht, wie sie sich auf der Demonstration selbst konkret ausdrückt.

WEG MIT DER FASCHISTISCHEN JUNTA



STOPPT DIE BONNER TÜRKEIHILFE

RETTET DAS LEBEN DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN DER TÜRKEI

KPD KJD

Dieser Aufkleber kann ab sofort beim Verlag Roter Morgen bestellt werden (Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30, Tel.: 0231/43 36 91). Er kostet pro Stück 15 Pfennig (Mindestabnahme 10 Exemplare) zuzüglich Porto.

Hände weg vom Mutterschaftsurlaub!

Trotz zahlreicher Proteste plant die Bonner Regierung nach wie vor, die bestehende Regelung über den Mutterschaftsurlaub erheblich zu verschlechtern: Die jetzige Dauer des Mutterschaftsurlaubs von vier Monaten soll auf drei Monate verkürzt, die jetzige finanzielle Entschädigung von höchstens 25 DM/Tag bzw. 750 DM/Monat soll auf höchstens 20 DM/Tag bzw. 600 DM/Monat verringert werden. Außerdem soll die Zeit des Mutterschaftsurlaubs bei der Rentenversicherung nur noch als Ausfallzeit berechnet werden.

Zum „Trost" wird den Frauen von der Regierung versprochen, daß ab 1987 allen Müttern (berufstätigen und Hausfrauen) ein sogenanntes Erziehungsgeld von maximal 600 DM für die Dauer von drei Monaten gezahlt werden soll.

Dieser massive Angriff auf den Mutterschaftsurlaub zeigt in aller Deutlichkeit, was dabei herauskommt, wenn Helmut Kohl und seine Parteifreunde Frauen- und Familienpolitik betreiben — nichts Gutes für Frauen und Kinder. Das Mutterschaftsgeld ist jetzt schon zu niedrig. Schon heute müssen Frauen — z. B. alleinerziehende Mütter — aus finanziellen Gründen auf den Mutterschaftsurlaub verzichten. Wenn der Höchstbetrag gar auf 600 DM gesenkt wird, dann wird der Mutterschaftsurlaub gerade für Frauen aus einkommensschwachen Familien zu einem Luxus, den sie sich nicht mehr leisten können. Auch die Dauer des Mutterschaftsurlaubs ist jetzt schon zu niedrig. Zu niedrig, gemessen an den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen (der DGB fordert einen 18monatigen Urlaub), zu niedrig, gemessen an den Regelungen in anderen Ländern, zu niedrig aber auch gemessen an der gerade von christlich-sozialen Politikern immer wieder erhobenen Forderung, daß das Kind gerade in den ersten Lebensjahren die Erziehung in der Familie brauche.

Aber wenn nun mal kein Geld da ist, wie die Regierung behauptet? Wenn die Regierung das behauptet, sagt sie schlicht und einfach nicht die Wahrheit. Die Wahrheit ist, daß die Regierung die Gelder aus der Staatskasse lieber für andere Zwecke ausgibt als für die berufstätigen Mütter. 430 Mio. DM sollen durch die geplanten Maßnahmen gespart werden — zu Lasten von ca. 300000 berufstätigen Müttern. 430 Mio. DM, das sind ungefähr die Kosten für vier Tornados. Wenn man nur auf vier der insgesamt gewünschten 32 Tornados verzichten würde, dann käme das 300000 Frauen und ihren Kindern zugute. Aber auch für die Regierung Kohl/Genscher gibt es eben wichtigers als den Frieden...

Zu allem Übel müssen sich die Frauen auch noch von den Politikern verhöhnen lassen. Und wie immer, wenn die Schwarzen in Bonn Sozialleistungen abbauen wollen, werden die Betroffenen auch in diesem Fall lauthals beleidigt und beschimpft. Da wird z. B. der angebliche Mißbrauch des Mutterschaftsurlaubs beklagt, der sich darin zeige, daß zwar fast alle den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, die meisten dann aber gar nicht weiterarbeiten würden. Erstens stimmt das nicht. Wie die Statistik auf dieser Seite zeigt, setzt mehr als die Hälfte der pflichtversicherten Frauen ihre Berufstätigkeit fort. Zweitens ist der Mutterschaftsurlaub ja schließlich keine milde Gabe, die Kohl, Lambsdorff usw. aus ihrer Tasche bezahlen, sondern eine Sozialleistung, die aus unseren Steuergeldern bezahlt wird. Und Steuern haben schließlich auch die Frauen gezahlt, die nach Ablauf des Mutterschaftsurlaubs nicht mehr weiterarbeiten wollen oder können. Und drittens sind diese Klagen auch deshalb die pure Heuchelei, weil die damalige sozialliberale Koalition auf dem Hintergrund der Frauenarbeitslosigkeit mit dem Mutterschaftsurlaub u. a. gerade beabsichtigte, junge Mütter für eine gewisse Zeit aus dem Betrieb herauszuholen, damit sie sich daran gewöhnen und dann ganz zu Hause bleiben, um so den „Arbeitsmarkt zu entlasten", wie es so schön heißt. CDU/CSU-Abgeordnete waren damals mit einem alternativen Gesetzentwurf noch viel weiter gegangen: Sie wollten überhaupt nur solchen» deutschen (!) berufstätigen jungen Müttern Geld zahlen, die ganz aus dem Erwerbsleben ausscheiden!

Diese grundsätzliche Gegnerschaft von CDU/CSU gegen den Mutterschaftsurlaub als besondere Unterstützung für die berufstätige Mutter, die sich damals bei der Einführung des Mutterschaftsurlaubs im Jahr 1979 sehr massiv äußerte, ist natürlich auch heute nicht vom Tisch. Darüber darf auch die Opposition von Franz Josef Strauß gegen die Pläne der Regierung, die allgemein Überraschung ausgelöst hat, nicht hinwegtäuschen. Ihm geht es um persönliche Sympathiewerbung, aber sicher auch darum, den Mutterschaftsurlaub nicht so plump, sondern etwas raffinierter abzubauen. Daß sich hier weiteres zusammenbraut, wenn der jetzt geplante Angriff der Regierung auf den Mutterschaftrsurlaub nicht zurückgeschlagen wird, macht unter anderem das berüchtigte Papier zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Haimo George, Vorsitzendem der CDU/CSU-Arbeitsgruppe „Arbeit uns Soziales" deutlich. Er widmet dem Mutterschutz in seinem Papier einen ganzen Absatz und stellt insbesondere den Mutterschaftsurlaub als unzumutbare Belastung für die Unternehmer dar. Deshalb sollte man/frau nicht auf bessere Zeiten und auf die Einlösung von Versprechungen hoffen. Versprechungen sind ein billiges Trostpflaster, weil sie nichts kosten. Der Mutterschaftsurlaub, den wir heute haben, ist das mindeste, was wir brauchen. Denn er hat schon Mängel genug: weil es nur ein Mutterschaftsurlaub ist und kein Elternurlaub, weil er nicht zwingend vorgeschrieben ist, weil er zu kurz ist und weil die finanzielle Entschädigung zu niedrig ist. Deshalb gibt es beim Mutterschaftsurlaub nichts zu sparen. Er muß kompromißlos verteidigt werden!



Frauen gegen Sozialabbau

unter diesem Motto ruft der DGB für den 18. September zu einer bundesweiten Demonstration nach Bonn auf. Tatsächlich ist es höchste Zeit für den organisierten gewerkschaftlichen Widerstand gegen die frauenfeindliche Politik der Bundesregierung. Denn was die Bonner Regierung bei den Renten, beim Mutterschaftsurlaub, beim §218 usw. an Änderungen plant, das bedeutet den Frontalangriff auf alles, was sich die Frauen in- und außerhalb des Betriebes in den letzten Jahren an Verbesserungen mühsam erkämpft haben.

Mutterschaftsurlaub — praktisch alle berufstätigen Frauen brauchen ihn dringend

Die Tabelle zeigt, daß der Mutterschaftsurlaub von über 80 Prozent der anspruchsberechtigten Frauen in Anspruch genommen wird. Daß es nicht noch mehr sind, liegt vor allem daran, daß der Höchstsatz von 750 DM für viele — z. B. alleinerziehende Mütter — zu niedrig ist, sie also gezwungen sind, sofort nach der Mutterschutzfrist wieder zu arbeiten. Ein weiterer Grund dürfte darin liegen, daß vor allem Frauen in kleineren, Handwerksbetrieben „überredet" werden, auf den Mutterschutzurlaub zu verzichten. Weiter ist anzunehmen, daß relativ viele arbeitslose Frauen den Mutterschaftsurlaub nicht in Anspruch nehmen. Die Tabelle zeigt weiter, daß über die Hälfte der Frauen, die den Mutterschaftsurlaub in Anspruch nehmen, anschließend weiterarbeiten. **Ein** Grund dafür, warum viele Frauen aufhören, liegt auf der Hand: für 6 Monate alte Kinder gibt es praktisch keine öffentlichen Betreuungsmöglichkeiten, von dem Druck der öffentlichen Meinung, dem Frauen ausgesetzt sind, die Kinder in diesem Alter nicht selbst ganztags betreuen, ganz zu schweigen. Sie hören also auf, weil der Mutterschaftsurlaub zu kurz ist!

Mutterschaftsfälle je 1000 der pflichtversicherten Frauen

Landesverband Bundes-verwaltungskasse	Mutter-schafts-fälle 1980*	davon Mutter-schafts-urlaubs-fälle	vorzeitige Beendigung des Mutterschaftsurlaubes wegen Arbeits-aufnahme	vorzeitige Beendigung des Mutterschaftsurlaubes wegen Berufs-aufgabe	fristgemäße Beendigung des Mutterschaftsurlaubes mit Tätigkeits-aufnahme	fristgemäße Beendigung des Mutterschaftsurlaubes mit Tätigkeits-aufgabe
Nordmark	20,1	18,9	0,8	0,1	7,6	10,4
Niedersachsen	29,9	27,6	0,6	0,1	16,5	10,4
Bremen	24,1	19,8	0,4	–	6,7	12,7
Nordrhein-Westfalen	30,6	26,7	0,5	0,1	9,8	16,3
Hessen	28,8	26,5	0,4	–	14,4	11,7
Rheinland-Pfalz	32,7	32,1	0,5	0,3	14,6	16,7
Baden-Württemberg	41,7	35,9	0,8	–	22,1	13,0
Bayern	39,5	34,6	1,3	0,3	20,7	12,3
Berlin	27,2	24,2	0,4	0,4	11,3	12,1
Bundesverkehrsm.	15,7	15,1	–	–	3,8	11,3
Bundesbahn-BKK	20,1	17,8	0,2	–	7,7	9,9
Bundespost-BKK	12,1	10,2	0,2	–	6,1	4,0
Insgesamt	29,3	25,7	0,5	0,1	13,2	11,9

* nur Anspruchsberechtigte

110 Jahre Mutterschutz

1873
wurde der erste Mutterschutz in Deutschland eingeführt. Es wurde eine Schutzfrist von drei Wochen nach der Niederkunft eingeführt. Diese Regelung war allerdings keine gesetzliche Vorschrift. Es war auch keinerlei finanzielle Unterstützung vorgesehen — weder für die Niederkunft selbst, noch für die drei Wochen danach. 1891 wurde die Schutzfrist auf vier Wochen nach der Entbindung verlängert.

1908
wurde zum ersten Mal eine Schutzfrist — von zwei Wochen — vor der Entbindung eingeführt.

1927
wurde ein Mutterschutzgesetz eingeführt, das bestimmte Schutzbestimmungen für die schwangere arbeitende Frau vorsah und eine Schutzfrist von acht Wochen. Ab 1929 erhielt sie in dieser Zeit eine finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen von 75 Prozent des Grundlohns.

1952
wurde das Mutterschutzgesetz erlassen, das mit gewissen Abänderungen bis 1979 galt: Es sah Schutzfristen von 6 Wochen vor und nach der Entbindung vor, Kündigungsschutz während der Schwangerschaft und vier Monate danach, bestimmte Arbeitsschutzbestimmungen für Schwangere und die finanzielle Unterstützung durch die Krankenkassen.

1979
wurde zusätzlich der Mutterschaftsurlaub eingeführt. Er kann von allen Frauen genommen werden, für die das Mutterschutzgesetz gilt. Er beträgt vier Monate im Anschluß an die Schutzfrist. Das Entgelt richtet sich nach dem Lohn der letzten drei Monate, beträgt maximal 750 DM und wird aus Bundesmitteln gezahlt. Für die Zeit des Mutterschaftsurlaubs besteht Kündigungsschutz. Die Frauen sind in dieser Zeit beitragsfrei in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung versichert. Die gesamte Zeit des Mutterschutzes und des Mutterschaftsurlaubs wird voll auf die Anspruchszeit für die Rentenversicherung angerechnet.

Mutterschutz in anderen Ländern

Schweden

In Schweden gibt es einen Mutterschutz von 60 Tagen vor der Geburt des Kindes. Nach der Geburt besteht Anspruch auf einen sechs Monate dauernden **Eltern**urlaub bei Fortzahlung von 90 Prozent des Gehalts. Außerdem haben beide Elternteile Anspruch auf einen zusätzlichen dreimonatigen Urlaub, der bis zum achten Lebensjahr des Kindes genommen werden kann.

Italien

In Italien gibt es fünf Monate voll bezahlten Mutterschutzurlaub — drei Monate vor und zwei Monate nach der Geburt. Anschließend kann bis zu einem Jahr mit kürzerer Arbeitszeit gearbeitet werden. Den zweimonatigen Urlaub nach der Geburt des Kindes kann auch der Vater in Anspruch nehmen.

Österreich

In Österreich gibt es einen sogenannten Karenzurlaub von 12 Monaten mit Arbeitsplatzgarantie. Das Entgelt beträgt etwa 560 DM (Stand 1982, das Karenzgeld ist dynamisiert). Alleinstehende Mütter haben Anspruch auf eine dreijährige Sondernotstandshilfe, die höher ist als das normale Karenzgeld.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Den Friedenskampf im Betrieb verstärken

Über die Bedeutung von und die Arbeit in betrieblichen Friedensinitiativen

In zahlreichen Betrieben gibt es betriebliche Friedenskomitees. Mehr als 100 von ihnen haben für den 11. September zu einem bundesweiten Kongreß aufgerufen (siehe Kasten auf dieser Seite). Der nachstehende Artikel soll die Haltung der KPD dazu erläutern und ein paar Tips für die praktische Arbeit geben.

• **Das Politbüro der KPD hat die im Betrieb arbeitenden Genossen der Partei aufgerufen, entsprechend ihren Möglichkeiten betriebliche Friedenskomitees zu schaffen bzw. in bereits bestehenden mitzuarbeiten.**

Damit wurde nicht der „Startschuß" für derartige Aktivitäten der KPD-Genossen gegeben, etliche arbeiten schon länger in dieser Hinsicht. Aber durchaus noch nicht genug — unsere Arbeit auf diesem Gebiet muß **verbessert** werden. Auch, wenn wir nicht — wie manch anderer das tut — plötzlich alle Aktivitäten zugunsten des Friedenskampfes einstellen können, im Betrieb schon gar nicht. Die jeweiligen Möglichkeiten müssen also tatsächlich ernsthaft geprüft werden.

Die **Begründung für den Aufruf** ist klar: Wenn die Aktivitäten der derzeitigen, vor allem von kleinbürgerlichen Kreisen getragenen Friedensbewegung zur Verhinderung der „Nachrüstung" erfolgreich sein sollen, ist es notwendig, daß sich **die Arbeiterklasse** wesentlich stärker in diesen Kampf einschaltet und **seine Führung übernimmt.** Und auch über den Zeitpunkt der Kabinetts-Entscheidung über Stationierung oder Nichtstationierung hinaus ist dies nötig, darauf werden wir noch zu sprechen kommen; hier kann ein wichtiger Anstoß dazu gegeben werden.

• Betriebliche Friedenskomitees (oder -initiativen oder wie immer sie sich nennen) sollte heißen: tatsächlicher Zusammenschluß von Kollegen und Gewerkschaftern **in einem Betrieb.** Überbetriebliche Komitees können sinnvoll sein, verlieren aber an Wirkung und Einflußmöglichkeiten, wenn sie sich nicht auf Standbeine in den einzelnen Betrieben stützen. Verschiedene Genossen berichteten, daß es örtlich auf DKP-Initiative solche etwas abgehobenen überbetrieblichen Initiativen gibt; ihre Bildung fällt der DKP oft bereits über ihre Mitglieder und den engen Umkreis relativ leicht. Die **Verbindung** sollte natürlich immer gesucht werden.

• Die Bildung betrieblicher Komitees darf nicht von der Zustimmung „der Gewerkschaft" **abhängig** gemacht werden. (Die Anführungsstriche stehen da, weil die Gewerkschaft in dieser Frage durchaus nicht geschlossen auftritt. Breits Abwiegelei ist auch nicht in allen Gremien und bei allen Funktionären populär.) Es muß aber **unbedingt versucht** werden, Gewerkschafter und Gewerkschaftsgremien zur Mitarbeit und aktiven Trägerschaft solcher Initiativen zu gewinnen.

Allen Anwürfen von rechts, hier handele es sich um gewerkschaftsfeindliche, bzw. gegen die gewerkschaftlichen Friedensaktivitäten gerichtete Initiativen, ist so daß Wasser abzugraben. (Einen solchen reaktionären Vorstoß gegen die Friedensinitiativen von Hoesch/Dortmund und anderen Betrieben sowie die Konferenz am 11.9. hatten **die Jusos** bereits unternommen, scheiterten damit aber auch im „Koordinationsausschuß" für die Herbstaktionen kläglich, nachdem sie von Betriebsarbeitern und Vertrauensleuten zur Rede gestellt wurden.)

Gegen die Interessen und notwendigen Ziele der Gewerkschaft verstößt derjenige, der die betriebliche und gewerkschaftliche Organisierung des Widerstandes gegen Kriegsvorbereitungen boykottiert oder gar hintertreibt. Im übrigen gibt es bereits mehrere Betriebe, in denen Vertrauenskörperleitungen aktiv für die Friedensinitiativen arbeiten. Es gibt auch direkt gewerkschaftliche Betriebskomitees („Gewerkschafter für den Frieden" u.ä.); hier muß man dann darauf achten, daß sie wirklich offen sind.

Erfahrungsgemäß kann es in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten mit Genossen der MLPD — sofern im Betrieb vorhanden — geben, weil bei ihnen die Tendenz sehr stark ist, überhaupt keine Rücksicht auf die Gewerkschaft und auf Gewerkschafter, die nicht von vornherein ohne die Gewerkschaft zu arbeiten bereit sind, zu nehmen. Das kann zur relativen Isolierung führen, auch dazu, daß es plötzlich zwei Initiativen gibt, was natürlich nicht wünschenswert ist. Diese Tendenz wird gefördert durch die auch in der „Roten Fahne" vertretene Theorie, die etwas vereinfacht ausgedrückt jedes Engagement führender Gewerkschafter bzw. Gewerkschaftsorganisationen in der Friedensbewegung nicht nur mit Mißtrauen beobachtet, sondern generell unterstellt, das diene dazu, dem Kampf die Spitze abzubrechen, es also eigentlich lieber sehe, das ganze liefe prinzipiell unabhängig von der Gewerkschaft. Eine haltlose Überspitzung der Theorie von der „selbständigen Kampfführung", die zum Sektierertum führt. Hier muß man versuchen, in der solidarisch zu führenden Auseinandersetzung korrigierend einzugreifen, was — auch das zeigen die Erfahrungen — durchaus möglich ist.

• **Aktuellste Aufgabe** betrieblicher Friedensinitiativen im Kampf gegen die Raketenstationierung: Vorbereitung des „Tages der Betriebe" im Rahmen der Oktober-Friedenswoche am **19.10.** Anknüpfungspunkt ist der zur Zeit recht breit diskutierte Vorschlag Franz Steinkühlers, an diesem Tag bundesweit in den Fabriken, Verwaltungen, Verkehrsbetrieben für zehn bis 15 Minuten die Arbeit niederzulegen. Wir haben immer die Idee eines Generalstreiks unterstützt und tun dies nachdrücklich auch weiterhin, aber angesichts der gegebenen Situation wird es zumindest **im Oktober** einen solchen Generalstreik nicht geben. Schon eine tatsächlich bundesweite Warnstreikaktion am 19.10. wäre aber unbedingt ein Erfolg, ein Schritt nach vorn, Beispiel und Ansporn für weitergehende Aktionen in Zukunft; deshalb gilt es nach Kräften daraufhinzuarbeiten.

• Die Vorbereitung der Beteiligung an den **Großdemonstrationen** der Friedensbewegung — dazu hat der DGB seine Mitglieder ja auch aufgerufen — gehört natürlich auch dazu. Ebenso vorher Aktionen zum **Antikriegstag**, zu dem es ebenfalls eine ganze Reihe gewerkschaftlicher Aktivitäten geben wird.

• **Der 11. September mit dem Kongreß in Dortmund-Scharnhorst** ist ein wichtiges Datum für alle betrieblichen Friedensinitiativen. Auch ganz neue Gruppen sollten unbedingt hinfahren, Erfahrungen austauschen, an den Arbeitsgruppen und der Diskussion über die weiteren Perspektiven der Arbeit teilnehmen.

• Für die **Volksbefragung** über die Raketenstationierung muß gerade in den Betrieben mobil gemacht werden, gewerkschaftliche und betriebliche Gremien usw. müssen dazu gebracht werden, diese Forderung an den Bundestag zu richten. Auch dafür müssen sich betriebliche Friedenskomitees einsetzen und die Kolleginnen und Kollegen, die sie erreichen können, für diese Forderung gewinnen.

• Wie anfangs schon angesprochen, kann mit der Bildung betrieblicher Initiativen, mit der Organisierung des Friedenskampfes aus dem Betrieb heraus **ein Signal** gesetzt werden auch **für die längere Zukunft**, unabhängig davon, wie der Kampf gegen die „Nachrüstung" im Herbst und Winter 1983/84 ausgeht. Denn der Kampf gegen die konkrete Kriegsvorbereitung geht in jedem Fall weiter. Und wenn auch im Moment der Widerstand gegen Pershings und Cruise Missiles im Mittelpunkt steht, ist darauf zu achten, daß die Arbeit nicht einseitig nur darauf ausgerichtet wird. Als ob damit die Frage „Krieg oder Frieden" bereits entschieden wäre. Gelingt es dann nicht, den Beginn der Stationierung zu verhindern, dann ist die große Resignation da.

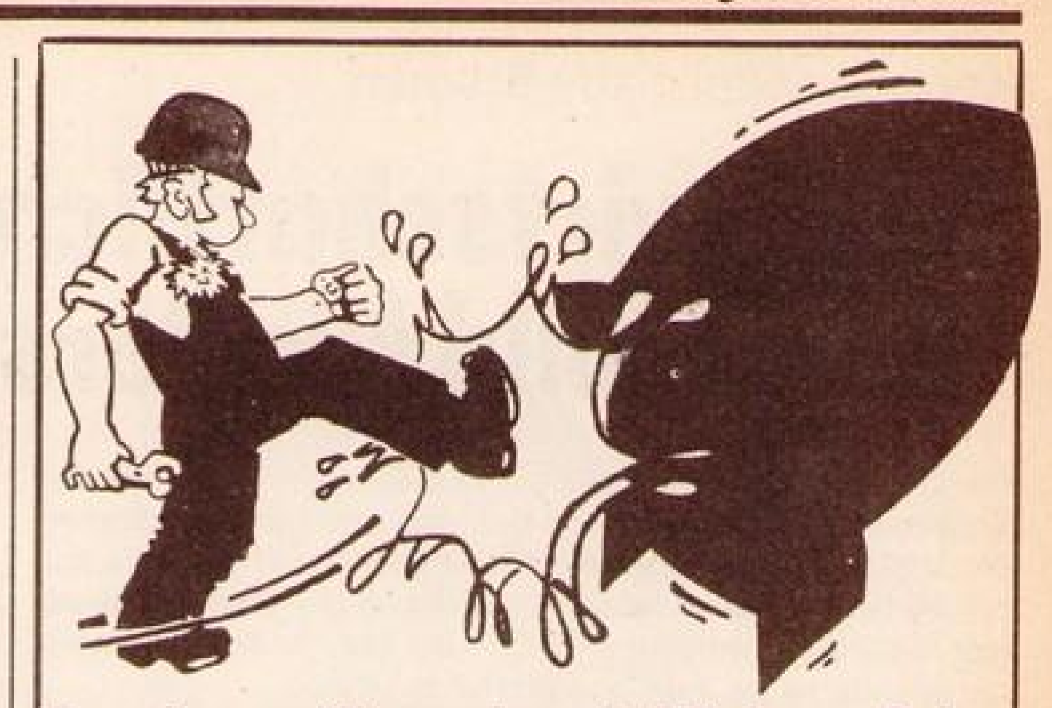
• Also: Eine **längerfristige Orientierung** geben, sich auf einen längeren Kampf einrichten. Was heißt das?

Das heißt zum einen, neben der Aufklärung darüber, was die vorgesehene Raketenstationierung wirklich bedeutet, verstärkt die Aufmerksamkeit der Kolleginnen und Kollegen auf den **Zusammenhang von Rüstungswahnsinn und Sozialabbau** zu lenken. Anschauliche Beispiele wie die Anschaffung von 320 Tornados zum Stückpreis von 100 Millionen DM (insgesamt 32 Milliarden!) in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit und der Bedrohung immer weiterer Arbeitsplätze, wo angeblich kein Geld für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Arbeitszeitverkürzung usw. vorhanden ist, gibt es in Menge.

Das heißt zum weiteren, gerade den Kolleginnen und Kollegen im Betrieb **die wahren Ursachen** zu erklären, **die zum imperialistischen Weltkrieg führen.** Die im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise wachsende Kriegsgefahr mit ihren konkreten Folgen für die Bundesrepublik, die im Falle eines Weltkrieges zum zentralen Schlachtfeld würde. Um daraus überzeugend unsere Forderung abzuleiten wie die nach einem Abkoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte, dem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, der Neutralität der BRD. Das wird nicht zu erreichen sein, ohne Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft, die stark genug sind, um beispielsweise die Kohl-Regierung aus den Parlamentssesseln zu hebeln.

Das heißt schließlich, wie es auch das Politbüro der KPD in seinem Aufruf an die Genossen der Partei betont, den Arbeitern die Erkenntnis zu vermitteln, „daß ein **Krieg zwischen NATO und Warschauer Pakt**, egal wer stärker ist, wer mehr oder weniger Raketen hat, wer ihn beginnt, ein imperialistischer Krieg, ein **Krieg zwischen zwei Räubern um die Teilung der Beute**, die Neuaufteilung der Welt ist, bei dem sie und ihre Familien die Opfer sein werden. Und daß jede Art des Widerstandes vom Warnstreik über den Generalstreik bis zum bewaffneten Aufstand dagegen gerecht und ein Akt der Notwehr ist." „Deshalb", so heben die Genossen hervor, „lautet unsere zentrale Losung auch nach wie vor: **Krieg dem imperialistischen Krieg!**"

• In diesem Sinne wird die KPD verstärkt in den Betrieben tätig werden. **Wir bitten alle Leser des „Roten Morgen", die die Möglichkeit dazu haben, uns dabei zu unterstützen.**



Bundestreffen betrieblicher Friedensinitiativen 11. September, Dortmund-Scharnhorst, Gesamtschule

Schluß mit der Raketenhetze — wir brauchen Arbeitsplätze! Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Anmeldung und Fragen an: Hoesch-Friedensinitiative c/o Uli Schmitz, Am Richterbusch 21, 4600 Dortmund 30. Zur Kostendeckung wird von den Teilnehmern ein Betrag von 15,— DM (Auszubildende 10,— DM) erhoben.

In verschiedenen Arbeitsgruppen werden wichtige Probleme des Friedenskampfes behandelt, Erfahrungen können ausgetauscht werden. Schwerpunkte werden sein: Widerstandsformen im Betrieb, Vorbereitung des 19. Oktober; die Gründung betrieblicher Friedensinitiativen; die Kampagne für die Volksbefragung.

Wichtig für jeden Friedenskämpfer



Wir möchten den Lesern des „Roten Morgen" eine Zeitung empfehlen, in der umfassend alle wichtigen Aspekte des gegenwärtigen Friedenskampfes behandelt werden: Die Sondernummer des „Volksecho", des Mitteilungsblattes der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, vom Juli 1983.

„Friedenskampf 1983: Die Nachrüstung verhindern! Den Protest zum Widerstand machen!" — Unter diesem Titel steht dieses Heft, daß einen Beitrag des Vorstandsmitgliedes Rainer Zimny für die Diskussion im Volksfront-Vorstand enthält.

Alle wesentlichen Fragestellungen, die heute in der Friedensbewegung auftauchen, werden angesprochen. Die Frage der Kampfziele — z.B. warum es wichtig ist, den Kampf gegen die „Nachrüstung" jetzt in den Vordergrund zu stellen, warum es aber nicht dabei bleiben darf und worum es darüberhinaus geht — ebenso wie die der Kampfformen — gewaltloser Widerstand, Blockaden, Streiks ... „Widerstand aus den Betrieben heraus", „Bündnispolitik", „Kampagne ‚atomwaffenfreie Zonen'", „Einflußnahme auf die Bundesregierung", „Antiimperialismus und Solidarität", „Widerstand an den Stationierungsorten", „‚ziviler Ungehorsam', Blockadeaktionen", „Perspektive über 1983 hinaus" — Diese Kapitelüberschriften verdeutlichen die Bandbreite der behandelten Themen und die Gründlichkeit dieses Diskussionsbeitrages, der wirklich von Interesse für jeden ist, der sich für den Friedenskampf interessiert und erst recht für jeden, der aktiv darin engagiert ist.

Einen Leitgedanken seiner Arbeit formuliert der Verfasser so:

„So konkret und umfassend, wie die Vorbereitungsmaßnahmen der USA und der NATO für einen Krieg in Europa oder von Europa ausgehend, so konkret und umfassend muß auch der Friedenskampf in seiner Zielsetzung und Orientierung sein. Und da weder USA, NATO noch Bundesregierung allein auf die Atomrüstung setzen, darf die Friedensbewegung dies auch nicht tun. So wie die neuen Mittelstreckenraketen nur **ein** Punkt in der amerikanischen und NATO-Kriegsführungsstrategie sind, so sollte sich auch die Friedensbewegung nicht auf den Kampf gegen die Atomwaffen beschränken. Neben dem Kampf gegen die atomare Aufrüstung in Richtung „Erstschlagsfähigkeit" wird v.a. zweierlei in den kommenden Jahren an Bedeutung gewinnen (müssen):

• die geplanten konventionellen Aufrüstungsmaßnahmen in Richtung eines „Präventivangriffs", die Milliarden verschlingen werden (Aufrüstung und Sozialabbau)

• die mit der Ausweitung des NATO-Interessengebietes einhergehende Aggression und die daraus resultierenden Gefahren eines großen Krieges. (Wie schnell könnte z.B. ein Krieg im Nahen Osten oder anderswo zum Anlaß für einen Weltkrieg genommen werden?)

Kurz: **Wir treten ein für eine Ausweitung der Anti-Atomwaffen-Bewegung zu einer Anti-Kriegs-Bewegung! Damit es nicht allein heißt: Sag nein zur Bombe! sondern: Sag nein zum Krieg!**

Das schließt ein, daß die Friedensbewegung zu stattfindenden oder drohenden Aggressionen Stellung bezieht und dabei besonders die Rolle der NATO, der EG und der BRD bzw. der Bundesregierung herausstreichen, sowie geeignete Gegenaktionen organisieren muß."

Das „Volksecho" kann zum Stückpreis von 50 Pfennig bestellt werden bei der Volksfront-Geschäftsstelle, Mariahilfstraße 31, 5100 Aachen, Tel.: (0241) 36362.

Korrespondenz aus Bremen

Das „wirtschaftliche Krankenhaus" — Horrorbild für Personal und Patienten

Die ÖTV organisiert seit einiger Zeit eine Kampagne an den Krankenhäusern, die sich mit den dortigen Arbeitsbedingungen und den entsprechenden Auswirkungen auf die Patienten befaßt. Die Korrespondenz einer Genossin aus Bremen, die wir hier abdrucken, weist eindringlich am Bremer Beispiel nach, wie wichtig es ist, hier Widerstand zu leisten.

Der 12. Deutsche Krankenhaustag Anfang Juni in Düsseldorf bescherte uns, dem Pflegepersonal der Kliniken und auch den Ärzten einen Appell des Bundespräsidenten: „mehr Flexibilität, mehr Humanität, mehr Menschlichkeit".

Über das Gesundheitswesen bei uns kann man sicher allerdings lange streiten. Das Überhandnehmen an Apparaten, Medikamenten, die ungenügende Vorsorge und nicht zuletzt die steigenden Kosten. Bei all diesen Fakten ist durchaus einleuchtend, daß mit Humanität und Menschlichkeit immer weniger gerechnet werden kann. Und das geht nicht zu Lasten des Personals.

Wie sieht es z.B. in Bremen aus?

Schon seit 1979 gibt es Streit zwischen den Krankenkassen und dem Senator für Gesundheit und Umweltschutz. Die Pflegesätze sind zu hoch! Die Kassen sind nicht bereit, den vollen Pflegesatz zu tragen. Also muß der Senat den Differenzbetrag aus seinem Budget ausgleichen. Da aber gähnt ein immer größeres Loch.

Differenzbeträge

1979	Ca. 6 Mio
1980	ca. 35 Mio
1981	ca. 77 Mio

Wie überall in den Kassen, wo wir alle ständig Gelder (Beiträge, Steuern usw.) einzahlen, die auch noch (in letzter Zeit ganz schön) erhöht werden. Ja, wo bleibt denn das Geld? Man sollte doch nicht etwa glauben, daß die Versicherungen (in diesem Fall die Krankenkassen) Profite machen?

Aber klar ist doch mal, daß das Gesundheitswesen aus oben zitierter Menschlichkeit auch nichts mit Profiten zu tun haben darf — sonst bleibt die Menschlichkeit nämlich auf der Strecke. Die, des Gesundheitssystems (soweit überhaupt noch vorhanden) und mit der Zeit auch die des Pflegepersonals gegenüber den Patienten — wegen Überforderung, Streß usw.

Die Dienstplanerstellung ist schon jetzt (Urlaubszeit) besonders schwer. Hinzu kommen Kollegen, die krank sind oder im Mutterschutz. Jede Station hat immer eine gewisse Fehlquote. Die Auszubildenden in der Krankenpflege erhalten teilweise den Stationsbetrieb wesentlich mit aufrecht. Die Ausbildung läuft eher nebenher als planmäßig. (Das ist natürlich von Station zu Station unterschiedlich. Das liegt auch am Einzelengagement der Examinierten.) Es ist durchaus keine Seltenheit, daß der Spätdienst (ein sehr ungeliebter) von einer Examinierten und zwei oder drei Auszubildenden gemacht wird. Was die examinierte Kraft macht, ist klar: Kurven, Spritzen, Anweisungen und damit ist sie in der Regel auch schon ausgiebig beschäftigt. So bleibt also die Pflege der Patienten, ein durchaus nicht unwichtiger Teil der Arbeit in der Klinik, bei den Auszubildenden hängen. Schlimm für die Lernenden und für die Patienten.

Doch damit befassen sich die Krankenkassen und der Senat nicht näher. Nein, sie bekommen nur einen höllischen Schreck wegen der Finanzen.

Der Senator stellte sich auf die Hinterbeine, schimpft und läßt die Sache vom Gericht klären. Das klärt immer noch, während die Klassen und der Senat übereinkommen, eine Wirtschaftsprüfung durchführen zu lassen. Ausgesucht wird Ernst & Whinney aus Frankfurt.

Eine Rationalisierungsfirma! Schon regen sich Proteste. Wo denken die hin! Unerhört in Kliniken prüfen auf Wirtschaftlichkeit! Es gab Ärger. Zu „guter Letzt" stimmte der Gesamtpersonalrat (GPR) zu. Es sollte dazu allerdings eine Dienstvereinbarung zwischen dem GPR und dem Gesundheitssenat getroffen werden. Worüber? Über die Konkretisierung der Bedingungen zur Durchführung der Untersuchung.

Ich greife einige Punkte heraus, die mit Verlauf und Abschluß der Wirtschaftlichkeitsprüfung als Farce dastehen.

Punkt 3: „Prüfungsauftrag ist die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit bei **Erhaltung oder Steigerung der Leistungsfähigkeit** der Kliniken" — von Steigerung wollen wir mal gar nicht reden und mir und allen meinen Kollegen geht es darum, daß Leistungsfähigkeit mit optimaler Betreuung der Patienten gemeint ist!

Punkt 5 „Bei den Beurteilungsgrundlagen für die Untersuchungen im Personalbereich sind die **konkreten Verhältnisse der jeweiligen Klinik zu berücksichtigen**" — wie die das gemacht haben, möchte ich wissen!

Was sind die konkreten Verhältnisse? Es ist durchaus möglich, das wochenlang auf einer Station eine ziemlich ruhige Kugel geschoben wird. Aber das ändert sich manchmal schlagartig. Ehe du dich versiehst, hast du auf der „Inneren" pflegebedürftige alte Menschen und auch noch Intensivpatienten.

Und bedeutet diese „konkrete" Berücksichtigung z.B., daß im St.-Jürgen-Krankenhaus (mit vielen dezentralen Gebäuden) die dezentralen Aufnahmen wegfallen sollen? Eine zentrale Aufnahme und noch eine in der Kinderklinik gibt es dann. Das bedeutet bei 35527 Aufnahmen pro Jahr (Zahlen von Ernst & Whinney) eine unermeßliche Wartezeit bei der Aufnahme für die Patienten.

Punkt 7 „Bestehender Stellen- und Personalmangel ist zu ermitteln und darzustellen" — Auf der Station, auf der ich zuletzt arbeitete, wurden schon ohne Wirtschaftlichkeitsprüfung im Zeitraum von nur zwei Jahren 21/4 Planstellen gestrichen. Nach Abschluß der Untersuchung steht nun wohl fest, daß in der St.-Jürgen-Klinik allein schon 183,5 Stellen im Pflegedienst gestrichen werden. (Die Zahlen wurden am 21.5. bekannt). Hinzu kommen noch zig Stellen in allen Bereichen der Klinik, von den Ärzten bis zum Hauspersonal, insgesamt 606,4!

Und jetzt kommt was Tolles! **Punkt 12** „Der Senator für Gesundheit und Umweltschutz hält an seiner Politik der **Qualifizierung und Förderung des Krankenpflegepersonals** fest" und in **Punkt 14** wird ausdrücklich erklärt, daß die **Auszubildenden in der Krankenpflege *nicht* auf den Stellenbedarf angerechnet werden sollen!**" - Diese Absichtserklärung rührt ja. Nur, steht jetzt schon ziemlich sicher fest, daß die Auszubildenden dank dieser Wirtschaftlichkeitsprüfung auf den Stellenplan angerechnet werden. Das würde bedeuten, daß auf eine examinierte Kraft drei Auszubildende kommen. Allein für Bremen-Ost bedeutet das schon eine Planstellenkürzung von 40!

Warum diese Dienstvereinbarung getroffen wurde, weiß der Teufel! Vielleicht, um die Personalräte ruhig zu halten.

Was wird das alles für die Patienten bedeuten?

Stellen wir uns doch mal vor: Ein Patient bekommt zu seinem Schlaganfall, der schon einige Zeit zurückliegt, ihm aber eine Halbseitenlähmung hinterläßt und die daraus resultierende Hilflosigkeit, zunehmend Herzbeschwerden wegen einer Herzinsuffizienz. Dieser Mensch ist voll pflegebedürftig aus seiner physischen und psychischen Situation heraus.

Und nun stellt euch mal eine „Innere" vor im Spätdienst mit einer Examinierten und drei Auszubildenden. Alle eifrig und gutwillig aber voller Unkenntnis und Unsicherheit.

Wir könnten diese Szenen für jede beliebige Station durchspielen. Also, den Patienten, die zukünftig ins Krankenhaus kommen, blühen, zumindest in den Bremer Kliniken, wenn die Wirtschaftlichkeitsprüfung ihre Folgen zeigt, eine zunehmend unqualifizierte Betreuung. Das Personal ist überfordert. Die Auszubildenden aus Unkenntnis und Unsicherheit, die Examinierten, weil sie der Verantwortung für den reibungslosen Stationsablauf (Pflege, Bürokram) und Ausbildung tragen. Da bleibt natürlich was auf der Strecke — die Pflege der Patienten und die Ausbildung der zukünftigen Krankenschwestern und Pfleger. Das da überreizte, nervöse Pfleger und Schwestern rumlaufen, ist nur logisch.

Konkret:

- hygienische Arbeitsweise wird außer Acht gelassen, Folge: Die Baktierien und Keime feiern fröhliche Urständ!. Es besteht die Gefahr der zusätzlichen Erkrankung.
- Das Füttern und Zeitdruck wird zum ungeduldigen Reinstopfen", Folge: Gefahr des Verschluckens, na, und wer läßt sich schon gerne wie eine Weihnachtsgans stopfen?
- Dekubitusprophylaxen werden, wenn überhaupt, nur hopp, hopp gemacht, Folge: Die Patienten liegen sich wund, die Haut entzündet sich und bereitet zusätzlich Schmerzen und Komplikationen.
- Die Weckzeiten werden vorverlegt (schon jetzt zum Teil um 3 Uhr!), Folge: gestörte Nachtruhe = gestörte Genesung.

Ganz davon abgesehen, daß die psychische Betreuung total vor die Hunde geht. Desorientierte, unruhige, traurige Patienten vegetieren psychisch vor sich hin. Betreuung von Kindern fällt natürlich genauso flach — aber es ist unbedingt notwendig, daß die Patienten sich einigermaßen wohlfühlen, um gesund zu werden.

Wir sind schon jetzt machmal sehr froh, wenn die Angehörigen uns die Betreuung ein wenig abnehmen.

Dazu besteht natürlich die Gefahr, daß zunehmend Beruhigungsmittel eingesetzt werden. Wie gefährlich das ist, hat ja die letzte öffentlich geführte Diskussion in den Medien hinlänglich klargemacht.

Das Gesundheitssystem hat schon reichlich Mängel an Menschlichkeit. Machen wir uns auf die Beine und sehen zu, daß der „Unmenschlichkeit" nicht die Krone aufgesetzt wird.

Eine Auszubildende in der Krankenpflege

Presseinformation der IG Metall/Hamburg

IGM-Vertrauensmann bei AEG in Hamburg erneut gekündigt

AEG-Telefunken-Konzern geht zum zweiten Mal das Risiko ein, für jeden Tag der Nichtbeschäftigung des IG-Metall-Vertrauensmannes Uwe Zabel 500,—DM Strafe zu bezahlen

Zum zweiten Mal innerhalb des letzten Jahres kündigt die AEG-Telefunken, Anlagen und Industrietechnik AG, Fachbereich Schiffbau, Flugwesen und Sondertechnik den IG-Metall-Vertrauensmann Uwe Zabel, diesmal wegen Arbeitsmangel, und weigert sich, ihn trotz Widerspruchs des Betriebsrates zur Kündigung weiter zu beschäftigen.

Bereits 1981 ließ sich die AEG die erste Kündigung des Kollegen Uwe Zabel (26) und die Nicht-Weiterbeschäftigung nach der ausgesprochenen Kündigung trotz Arbeitsgerichtsentscheidung das Risiko kosten, einige Wochen 500,— DM pro Tag der Nichtbeschäftigung zu zahlen, um sich des — der AEG besonders — unliebsamen Gewerkschafters zu entledigen. Zabel hatte gegen seine Kündigung beim Arbeitsgericht Hamburg geklagt und das Gericht hatte die AEG rechtskräftig verurteilt, Zabel zu unveränderten Bedingungen an seinem Arbeitsplatz weiterzubeschäftigen.

Erst auf dem Wege der Zwangsvollstreckung (500,— DM Geldstrafe pro Tag der Nichtbeschäftigung — ersatzweise Haft für den Vorstandsvorsitzenden Dipl. Ing. Joost Freiherr von Wrangel) und einem großen Echo in der Presseöffentlichkeit konnte Zabel mit Unterstützung der IG Metall durchsetzen, daß er weiterbeschäftigt wird.

So wurde er Dezember 1981 bei der AEG — allerdings in einem abgelegenen Werkteil, der Hafenservice (A44) im Freihafen — weiterbeschäftigt. Vorher war Zabel als Feinmechaniker in einem der Hauptwerke der Hamburger AEG in Wedel/Industriestraße beschäftigt.

Uwe Zabel, der während seiner Ausbildung (1976 bis 1979) Jugendvertreter, Vertrauensmann und Mitglied der Vertrauenskörperleitung der IG Metall war, wurde nun erneut zum 30. Juni 1983 gekündigt.

Dies offenbar auch, weil die AEG auch in der zweiten Instanz des Urteils von 1981 keine Chance sieht, Zabel loszuwerden. Das Verfahren beim Landesarbeitsgericht Hamburg ist noch nicht abgeschlossen.

Die neue Kündigung wurde diesmal mit „Arbeitsmangel" aufgrund der Schiffbaukrise begründet.

Betriebsrat und IG-Metall-Vertrauenskörper bei AEG in Hamburg hatten gegen diese und weitere geplante 202 Kündigungen energischen Widerstand geleistet. So konnte nachgewiesen werden, daß die AEG z.Zt. 130 offene Stellen in Hamburg und Schenefeld/Wedel hatte. So konnte für die beantragten 62 Entlassungen auf den Baustellen HDW und Blohm + Voss und der Hafenservice Station bei AEG erreicht werden, daß ein Großteil der Kündigungen zurückgenommen werden mußten. Nur wenige Kündigungen — u.a. die von Zabel — wurden von der AEG vollzogen, obwohl der Betriebsrat auch hier nach § 102 BetrVG der Kündigung widersprochen und acht Ersatzarbeitsplätze bei der AEG nachgewiesen hatte, auf die auch Zabel hätte versetzt werden können. Die AEG hält daran fest, daß die erneute Kündigung mit der früheren aus persönlichen Gründen nichts zu tun hätte und die Tatsache, daß Uwe Zabel ledig — auch keine Kinder zu versorgen hätte — von der AEG bei der sozialen Auswahl richtig bewertet worden ist. Dabei wird von den AEG-Herren bewußt der gesetzliche Weiterbeschäftigungsanspruch nach § 102, Abs. 5 BetrVG verkannt.

Am 1. Juli bot Uwe Zabel ordnungsgemäß im Beisein eines Betriebsratsmitglieds seine Arbeitskraft an, diese wurde schroff zurückgewiesen. Außerdem wurde ihm erklärt, er würde sich strafbar machen, nämlich Hausfriedensbruch begehen, wenn er weiterhin versuche, das AEG-Werksgelände zu betreten.

So mußte der DGB-Rechtssekretär, Hagen Helms, erneut über einen Hamburger Gerichtsvollzieher die Zwangsvollstreckung betreiben, um die Weiterbeschäftigung von Uwe Zabel bei der AEG durchzusetzen. Bleibt die AEG hartnäckig — wie bei der ersten Kündigung — geht sie das Risiko ein, für jeden Arbeitstag der Nichtbeschäftigung nach dem Beschluß des Arbeitsgerichtes 500,— DM Beugestrafe zu leisten.

Das Arbeitsgericht hatte vorsorglich auch beschlossen: „Für den Fall, daß das Zwangsgeld nicht beigetrieben werden kann, wird Zwangshaft gegen den Vorsitzenden des Vorstandes der AEG, Dipl. Ing. Joost Freiherr von Wrangel, angeordnet."

Zabel ist nicht der einzige Fall, bei dem sich die AEG-Telefunken versucht, hier besonders unliebsam erscheinender Gewerkschafter zu entledigen. Der Entwicklungsingenieur Robert Sadowski (32), Mitglied der Vertrauenskörperleitung der IG Metall bei A4 in Hamburg, wurde ebenfalls zum 31.3.1983 gekündigt. Er sollte aber schon ab 1.1.1983 das Werk verlassen. Auch in diesem Fall entschied das Arbeitsgericht Hamburg, daß die AEG ihn weiterbeschäftigen muß, wie es gesetzlich im Betriebsverfassungsgesetz vorgeschrieben ist. (§2, Abs. 5 BetrVG) Auch hier hatte der AEG-Betriebsrat ordnungsgemäß der Kündigung widersprochen.

Diese Entscheidung, die von der AEG angefochten wurde, hat das Landesarbeitsgericht am 30. Mai 1983 ausdrücklich bestätigt.

Seit Februar 1983 ist Sadowski wieder bei der AEG. Nur beschäftigt wird er nicht. In einem Büro allein sitzend wurde ihm als „Arbeit" aufgetragen, einzig sich dort acht Stunden täglich aufzuhalten und Fachzeitungen zu studieren. Sadowsky unterliegt einer scharfen Kontrolle seiner „Arbeits"-Zeit, unter Einhaltung der Pausen. Nur beschäftigt wird er nicht. Auch hier wird gegen die AEG zur Durchsetzung der Beschäftigung nach der Kündigung ein Zwangsgeld in Höhe von 3000,— DM gerichtlich festgesetzt und ggf. durch den Gerichtsvollzieher vollstreckt. Für den Fall der Nichtbeitreibung des Zwangsgeldes verfügte das Arbeitsgericht, daß der Vorstandsvorsitzende für den Bereich AEG A4, Herr Dr. Müller, in Beugehaft genommen wird.

Beide Fälle zeigen die Bemühungen der AEG, zwei der aktiven Gewerkschafter bei der AEG durch Entlassungen einzuschüchtern.

Diese Fälle sind weitere Beispiel für die von der IG Metall mehrfach gerügten Schwächen des Kündigungsschutzgesetzes. Die IG Metall fordert schon seit langem die überfällige Verbesserung des Kündigungsschutzrechts, damit willkürliche Nicht-Weiterbeschäftigungen trotz ordnungsgemäßen Widerspruchs des Betriebsrats und anhängiger Kündigungsschutzklagen — ja selbst bei positiven arbeitsgerichtlichen Entscheidungen — unmöglich gemacht werden.

Gerade in der jetzigen Zeit setzt sich die IG Metall gegen alle Versuche der Unternehmer zur Wehr, Rechte von Arbeitnehmern unter Druck der wirtschaftlichen Krise zu beschneiden und abzubauen; deshalb auch diese ausführliche Presseinformation.

Aus „Frischer Wind", Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg, August 83

Können so die Arbeitsplätze gerettet werden?

Das Gegenkonzept der IG Metall

Anfang August legte die Ortsverwaltung der IG Metall in Hamburg ihr Gegenkonzept zur Lösung der Werftenkrise und der Strategie der Kapitalisten vor. Mit diesem Konzept und den jüngsten Ereignissen bzw. „Nichtereignissen" auf der Werft befaßt sich die Betriebszeitung der KPD in einem ausführlichen Artikel, den wir ungekürzt widergeben.

Jetzt, Anfang August, legte die Ortsverwaltung der IGM **ihr** Gegenkonzept vor. Nach Überzeugung der OV ist dies „die einzige Chance für die Kolleginnen und Kollegen bei HDW".

Der Betriebsrat hatte bereits kurz nach Bekanntwerden des Kahlschlagkonzeptes des HDW-Vorstandes seine **Forderungen** aufgestellt und mehrfach bestätigt:

1. Erhalt aller Arbeitsplätze.
2. Erhalt des Handelsschiffneubaus, mindestens solange, bis Ersatzarbeitsplätze zur Verfügung stehen.
3. Öffentliche Aufträge in den Bereichen Umweltschutz, Energieversorgung, Schiffssicherheit.
4. Verkürzung der Arbeitszeit.
5. Kein Lohn- und Sozialabbau.

Außerdem wurde verlangt, daß sich die Stadt Hamburg an der HDW beteiligt und die Kaufsumme für die Sicherung der Arbeitsplätze verwendet wird. Dieses **Gegenkonzept des Betriebsrates** hat zur Voraussetzung, daß der Vorstand der HDW und die Anteilseigner ihr Katastrophenkonzept zurückziehen.

Wie kann das erreicht werden?

Der bisherige Kampf hat gezeigt, daß die Anteilseigner in Kiel und Bonn skrupellos und mit aller Härte versuchen, ihre Profitvorstellungen durchzusetzen. Dem haben wir, die Belegschaft von HDW nur **eines** entgegenzusetzen:

- unsere organisierte Kraft;
- der konsequente Kampf;
- letztlich unbefristeter Streik zur Erhaltung unserer Existenz.

Diesen Kampf vorzubereiten und zu organisieren, das ist die Hauptaufgabe der IG-Metall-OV, des Vertrauenskörpers und auch — trotz aller rechtlichen Probleme — des Betriebsrates.

Zur Vorbereitung von Kampfaktionen gehört natürlich auch die Erarbeitung eines konkreten Gegenkonzepts und die Ausnutzung aller rechtlichen Mittel durch den Betriebsrat.

Beides, sowohl das Gegenkonzept, wie auch die volle Ausnutzung der rechtlichen Mittel, muß sich daran orientieren, die ganze Belegschaft zusammenzuschließen, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen und schrittweise in den Kampf einzubeziehen. Losgelöst von der Einbeziehung der Belegschaft taugt weder ein Gegenkonzept noch die rechtlichen Schritte etwas. Denn nur der konsequente Kampf der Belegschaft („bis zur Betriebsbesetzung", wie Otto Kock noch vor einem viertel Jahr auf dem Hof ausgerufen hat) kann die Voraussetzung für die Durchsetzung des Gegenkonzeptes bringen: die Rücknahme des Katastrophenkonzeptes.

Was tut eigentlich die IG Metall?

So steht es sogar schon im „Rundblick" Nr. 3! Was tun eigentlich die verantwortlichen Funktionäre? Mit Ach und Krach haben sie uns — von Ausnahmen abgesehen — „unterstützt", als wir gestreikt haben und in die Innenstadt gezogen sind, aber von Organisation und finanzieller Unterstützung keine Spur (bis auf die Wurstdose!).

Von der Organisierung des Bürgerprotestes als Dohnanyi-Jubel-Veranstaltung soll hier gar nicht die Rede sein.

Und dann war völlige Sendepause — seit Ende April. Jetzt stellt sich heraus, daß die OV der IGM doch nicht untätig war — obwohl die Belegschaft nichts davon gemerkt hat; ein Gegenkonzept ist erarbeitet worden, Gespräche mit Behörden, Senatoren usw. geführt worden. Nur die Belegschaft, die einzige Kraft, die etwas ändern kann, die die Voraussetzungen für ein anderes Konzept erzwingen kann, die Belegschaft wurde drei Monate lang allein gelassen.

Was ist dran, an „der einzigen Chance", dem Gegenkonzept der IG Metall!

Zunächst einmal muß festgestellt werden, daß die Kraft der Belegschaft nicht als das Entscheidende angesehen wird, die wird nur als „darüber hinaus" angesehen, nur als Begleitmusik für die Verhandlungen zwischen Betriebsrat und HDW-Vorstand.

Wie soll denn durch Verhandlungen das Unternehmenskonzept '83 gekippt werden? Der Betriebsrat hat doch gar keine rechtlichen Möglichkeiten dazu!

Nur umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nur was die Belegschaft für einen Druck erzeugen kann, nur soviel kann der Betriebsrat in Verhandlungen festschreiben. Und erst recht nicht die Einigungsstelle mit dem Vorsitzenden Landesarbeitsrichter Baarz. Von dem erhoffen sich einige IGM-Funktionäre wahre Wunderdinge.

Er soll den Vorstand von seinem Konzept abbringen.

Er soll vom Senat Unterstützung erreichen.

Er soll das tun, was bisher nicht einmal durch unseren Streikkampf erreicht wurde.

Dabei zeigt die Erfahrung, nicht nur mit solchen Einigungsstellenverfahren, sondern auch mit Baarz selbst, daß kein Arbeitsplatz dadurch gerettet wird.

Das wäre das Ergebnis: Die erreichte Einigung lautet, daß die Kollegen, die entlassen werden, in die Weiterqualifizierung übernommen werden, und zwar auf Kosten der Gesellschaft der Behörden, des Senates und des HDW-Vorstandes voraus! Und:

Diese Kollegen sollen zwar noch HDW'ler sein, aber je nach Länge einer Umschulung bzw. Fortbildung für drei bis sechs Monate, bzw. für Einzelfälle bis zu zwei Jahren erhalten sie wenig mehr als ein Arbeitsloser, nur in Ausnahmefällen bis zu 80 Prozent.

Auch diese Weiterqualifizierung und Arbeit an neuer Fertigung (Energie- und Umwelttechnik) ist davon abhängig, ob der HDW-Vorstand zustimmt und seine Kündigungspläne zurücknimmt, bzw. selbst Geld zur Verfügung stellt.

Insgesamt also muß noch hier leider festgestellt werden:

- Es liegen keine konkreten ausreichenden Zusagen vom Senat auf dem Tisch.



Wo steht der Senat?

Und noch einen „Helfer" hat die IGM ausgemacht, den Hamburger Senat.

Im Gegenkonzept der IGM steht sehr richtig, daß es als Grundlage darauf ankommt, den Schiffsneubau bei HDW zu erhalten. D. h. aber mindestens, daß der Hamburger Senat (die Schiffbaubosse, die Bundesregierung und die Kieler Landesregierung wollen ja auf jeden Fall den Handelsschiffneubau zerschlagen) bereit ist, Schiffsneubauten zu subventionieren. Zwar hat der Senat vor der Werftenkonferenz im April erklärt, er wäre bereit, sich an HDW zu beteiligen, wenn der HSNB in Hamburg erhalten bleibt, aber auf der Werftenkonferenz wurde über HDW gar nicht mehr gesprochen und auch der SPD—Senat hat der Vernichtung von 9000 Schiffbauarbeitsplätzen zugestimmt!

Bis heute gibt es kein konkretes Stützungsangebot für die Erhaltung des Schiffneubaus bei uns. D. h. in der zentralen Frage unserer Arbeitsplätze steht auch der SPD-Senat auf der anderen Seite der Barrikade.

Wie sieht es aus mit öffentlichen Aufträgen?

Viele, viele Vorschläge, konkret ausgearbeitet, aber wo sind die konkreten Zusagen für Aufträge an die HDW? Auch hier Fehlanzeige. Der Antrag der GAL in der Bürgerschaft wurde von der SPD-Mehrheit abgelehnt. Es gibt bis heute nur vage Absichtserklärungen. Und nur, wenn diese Pläne schnellstens vorgezogen und vorrangsweise für HDW verwirklicht würden, könnten bis zu 600 Kollegen beschäftigt werden. Allerdings setzt dies die optimale Bereit-

- Die Weiterqualifizierung bringt erhebliche Verluste für den Betroffenen und sichert seinen Arbeitsplatz allenfalls für die Zeit der Weiterqualifizierung.

Arbeitszeit — Lohn — Soziales

Von Lohnabsicherung, von Sicherung der bisherigen Sozialleistung und Verkürzung der Arbeitszeit ist im Gegenkonzept für HDW gleich gar nicht die Rede. Wieso?

Soll der Sozialabbau hingenommen werden? Sollen wir den abartigen Prämienlohn freiwillig hinnehmen?

Soll statt Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und Überstundenabbau es zum völligen Überstundenstopp-Abbummeln von Überstunden treten!

Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Am Konzept des Betriebsrates festhalten!

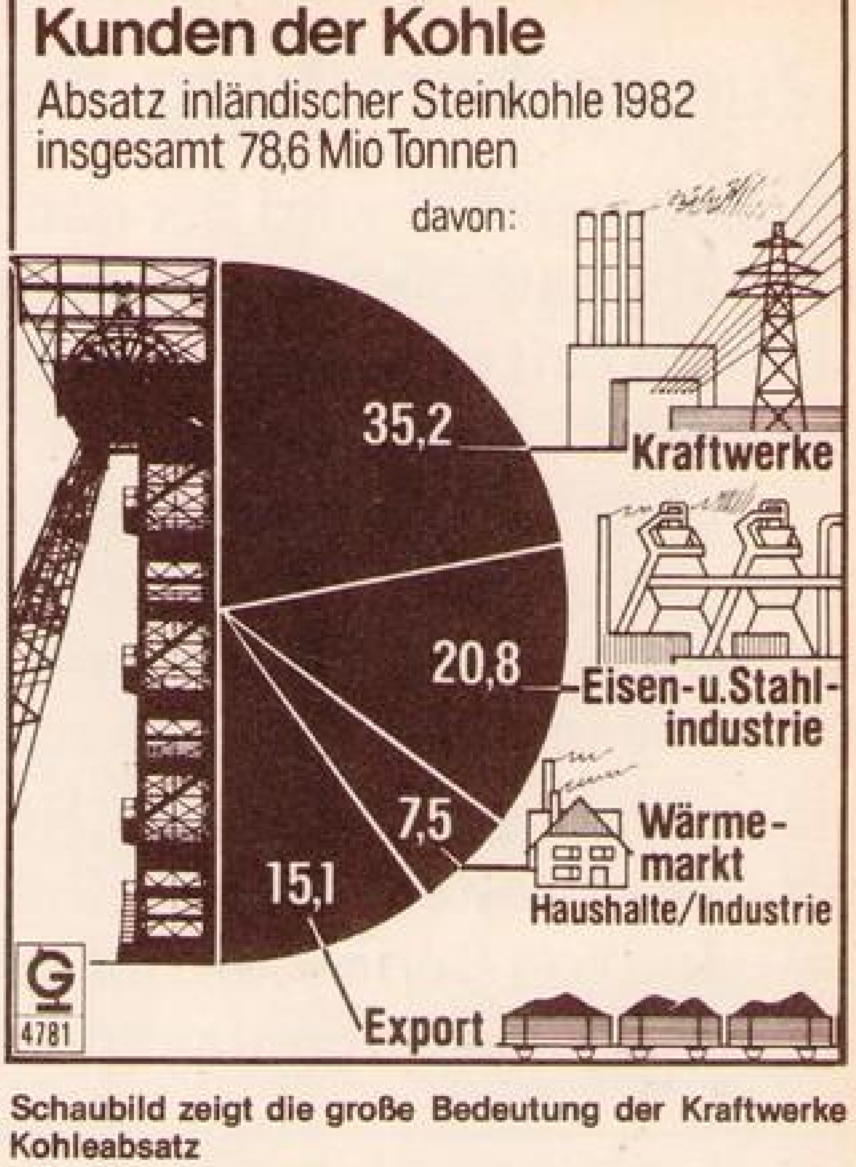
Zur Sicherung aller Arbeitsplätze müssen wir am bisherigen Konzept des Betriebsrates festhalten. Das Gegenkonzept der IGM verwässert die klaren Forderungen, „vergißt" wichtige ganz und orientiert auf die freiwillige Hilfe des Senates, die leider nicht zu erwarten ist.

Nicht durch Einigungsstellenvorsitzende, Gespräche und Verhandlungen sind unsere Arbeitsplätze zu sichern. Entscheidend ist die Vorbereitung und Einleitung von Kampfmaßnahmen zusammen mit den betroffenen Belegschaften in Kiel und Bremen. Entscheidend ist für uns jetzt, daß wir nicht mehr abwarten, sondern für das Konzept des Betriebsrates zur Erhaltung aller Arbeitsplätze in den Kampf treten.









Das Schaubild zeigt die große Bedeutung der Kraftwerke für den Kohleabsatz

„Bergarbeiter-Frauen gegen Zechenschließungen" übergaben rund 70000 Unterschriften

Protest gegen Ruhrkohle-Vorstandspläne

Am Freitag dem 19. August fuhren die „Bergarbeiterfrauen gegen Zechenschließungen" aus Dortmund und Lünen (im wesentlichen) nach Essen zur Vorstandssitzung. Dort übergaben sie die in rund zwei Monaten gesammelten 70000 Unterschriften, die sich vor allem gegen die Schließung der Dortmund-Lüner Verbundzeche Gneisenau richteten. Die Unterschriften wurden zwar vom RAG-Chef Bund persönlich angenommen, aber es wurden noch nicht einmal Versprechungen gemacht. Nach dem 29. September, wenn in Bonn die sogenannte Kohlerunde tagt, werde man weitersehen.

Nun, die Bergarbeiterfrauen betonten richtigerweise, daß auch sie an jenem Tag in Bonn sein würden. Die Führung der IG Bergbau, die (wie berichtet) diesen Widerstand der Frauen gegen die Vorstandspläne nicht gerne sah, setzte demgegenüber, in einem Chor mit Minister Blüm die Leier fort, es müßten einfach neue Absatzmärkte gefunden werden, Öl- und Kohleimporte beschränkt usw.

Zwei Dinge werden hier versucht, total aus der Debatte zu lassen. Zum einen die Tatsache, daß der größte Kohleabnehmer die Stromwerke sind, und daß es gerade hier zum fortgesetzten Niedergang aufgrund der Einführung der profitablen Atomkraftwerke kommt. Das wurde schon oft genug von linken Kritikern gesagt, von Adolf Schmidt und Co. stets sorgsam umgangen. Zum anderen die bescheidene Tatsache, daß an Schließung und Erweiterung gerade von Gneisenau die Großaktionäre der Ruhrkohle, die Stahlkonzerne schon zweimal massiv verdient haben, durch enorme staatliche Zuschüsse. Und heute wollen sie bei einer Schließung ein drittes Mal mit derselben Zeche abkassieren. „Wir reden ununterbrochen mit jenen, die uns helfen können". So steht es in der neuesten Ausgabe der „Einheit" vom 15. August. Gemeint sind damit Kohl, Lambsdorff und Bund. Ausgerechnet die also, die die Schließungspläne aufbrachten, bzw. ermöglichten.

Nicht ununterbrochen gesprochen wird mit den Bergarbeitern selbst — die sollen gefälligst abwarten, was bei den Gesprächen der „Experten" herauskommt und solange weiterarbeiten.

Höchstes Ziel der Gewerkschaft sei es, die Arbeitsplätze zu sichern, so betonen all die Schmidt, Niggemeier und Alker beständig. Abgesehen davon, daß Schmidt bei verschiedenen Interviews schon durchaus andere Aussagen machte (und von früheren Versprechungen abging) und jede Form von Widerstand (wie die Unterschriftensammlung) als Störung seiner Kreise ansieht, sollte man diese Gewerkschaftsführung an ihren nicht vorhandenen Taten messen, an der Politik, die sie einschlägt, gibt es eh nichts zu deuteln.

Wie auch bei Stahl so versucht sich nun im Bergbau die SPD offensichtlich (auch wenn es dem SPD-Bundestagsabgeordneten Schmidt gegen den Strich gehen mag) als Partei zu profilieren, die den Widerstand unterstützt. Mit großem Getöse in der SPD-Presse übergab Hans Urbaniak den Bergarbeiterfrauen 10000 Unterschriften, die die SPD gesammelt hatte. Nun sicherlich: Viele Sozialdemokraten engagieren sich ernsthaft um die Sicherung der Arbeitsplätze, gerade in der SPD-Stadt Dortmund auch höhere Parteifunktionäre. Man sollte aber dabei nicht vergessen, daß auch die SPD seither eine Politik betrieben hat, die eben nicht zugunsten des Kohlebergbaus ausfiel. Zwar wurde, entgegen verschiedenen Bestrebungen in der CDU, öffentlich an der Losung vom „Kohlevorrang" festgehalten, Tatsache aber bleibt, daß die AKW-Ausbau-Politik von der früheren Bundesregierung betrieben wurde. Und daß es schließlich auch und gerade im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen demnächst sieben Atomkraftwerke geben soll. Wobei versucht wird, solche Dinge wie den Hammer Hochtemperaturreaktor als Voraussetzung für weitere Kohleverarbeitung zu verkaufen.

Offensichtlich spekuliert die Führung der IGBE darauf, daß die linken, oppositionellen Strömungen in ihren Reihen, die zugegebenermaßen relativ klein sind, sich nicht trauen werden, selbständig aktiv zu werden — was aber ganz konkret, wie auch das Beispiel der Frauen zeigt, der einzige Weg ist, etwas in Bewegung zu bringen.

Zur Vorbereitung des Volksfrontkongresses im Herbst 83

Ende November wird der nächste Kongreß der Volksfront stattfinden. Der Kongreß wird über die bisherige Arbeit der Volksfront diskutieren und die Aufgaben für die nächste Zeit erörtern und festlegen. Die vorbereitende Diskussion in der Volksfront hat bereits begonnen.

Der geschäftsführende Ausschuß des BWK und das Sekretariat der KPD haben sich bei einem Treffen darüber verständigt, daß es nützlich wäre, wenn die politischen Organisationen, die die Volksfront unterstützen, im Vorfeld des Kongresses ihre Ansicht zu diesem Thema öffentlich darlegen und diskutieren. Diese Diskussion soll im „Roten Morgen" stattfinden. Sie wird in dieser Ausgabe mit dem zweiten Teil des Beitrags von Genossen des BWK fortgesetzt. Es folgen Beiträge von Genossen der KPD und der FAU aus Hamburg. Eine Beteiligung anderer politischer Organisationen an dieser Debatte würden wir begrüßen.

Die Klärung einer Einheitsfrontpolitik gegen die Reaktion wird immer dringlicher

Diskussionsbeitrag (Teil 2)

III. Tätigkeiten der Volksfront

Niemand wird behaupten, die Volksfront sei gegenwärtig die einzige Organisation einer Frontpolitik oder sie sei diejenige Organisation, innerhalb derer sich allein ein Einheitsfrontbündnis gegen die westdeutsche Reaktion wird organisieren können. Dazu hat die Volksfront vielmehr in ihrem Statut die Verschmelzung mit anderen Organisationen vorgesehen.

Aber nur, wenn die Volksfront mit den jetzt vorhandenen Kräften und unter den jetzt bestehenden Bedingungen eine Einheitsfrontpolitik gegen die westdeutsche Reaktion entwikkelt, kann sie auch zur tatsächlichen Herausbildung einer solchen Einigungsbewegung gegen die Reaktion in der BRD beitragen.

Die Vorbereitung des Volksfront-Kongresses im Herbst stellt dabei die Volksfront bei der erforderlichen Präzisierung ihrer Aufgaben und der Planung ihrer Arbeit vor eine komplizierte Situationen. Nicht etwa, weil das Konzept der Volksfront falsch wäre oder weil in ihrer bisherigen Arbeit größere, nicht korrigierbare Fehler unterlaufen wären, sondern weil die Lösung der richtigen Aufgabe, die die Volksfront sich gestellt hat, tatsächlich kompliziert ist.

1. Aktuell, d.h. beim gegenwärtigen Stand des Aufbaus der Volksfront, erfordert ihre Arbeit eigentlich die gleichzeitige Lösung dreier durchaus verschiedener Aufgaben:

- Konsolidierung und Aufbau der eigenen Kräfte, also **Schulung** und Ausbildung der Mitglieder;
- die gezielte Agitation und Propaganda gegen die westdeutsche Reaktion, also **wissenschaftliche Untersuchungen und Enthüllungen** der Politik und geplanten Absichten der westdeutschen Reaktion.
- **Aktionen**, und zwar vor allem Aktionen gegen die Faschisten, gegen ihre Propaganda, ihr Auftreten, ihre Förderung und Unterstützung durch die Reaktion.

a) Schulung und Ausbildung der Mitglieder und der an der Arbeit der Volksfront Interessierten:

Ohne eine einigermaßen befriedigende Lösung für diese Aufgabe zu finden, wird eine Volksfront keinerlei langfristig angelegte Tätigkeit entwickeln können. Die Unterdrückung der Kenntnis historischer Tatsachen des Klassenkampfes, von Einsichten über seine Entwicklung und die Verbreitung von Geschichtslügen sind Teil der Unterdrückung der abhängigen Klassen. Wie will die Volksfront zum Aufbau einer Einheitsfront gegen die westdeutsche Reaktion beitragen, wenn sie nicht zuallererst bei der Schulung ihrer Mitglieder ansetzt? Die Volksfront will zur Einigung und Verbindung bestehender Strömungen, Organisationen, Gruppierungen gegen die Reaktion beitragen. Wie will sie das bewerkstelligen, wenn ihre Mitglieder nicht die nötigen Kenntnisse haben, um sich mit Gewinn für alle Beteiligten mit Vertretern anderer politischer Richtungen und Anschauungen zu verständigen und ihre Standpunkte aufgrund eigener Kenntnisse zu beurteilen? Kurzum, wie will man Kenntnisse verbreiten, wenn man selbst zu wenige hat?

Verschiedene Maßnahmen wurden in den Landesverbänden dazu bereits ergriffen, und es wurden Erfahrungen gesammelt, die ausgewertet werden müßten.

Thematisch müßte eine solche Schulung und Ausbildung der Mitglieder vor allem zwei Schwerpunkte umfassen:

- „Was war und was ist der Faschismus?"
- „Untersuchung und Kritik der jetzigen Politik der Reaktion und ihrer Absichten".

Für die Durchführung einer solchen Schulung wäre nicht so sehr ein fertiges „Schulungsbuch" erforderlich, sondern vielmehr ein historisch und systematisch geordneter Fragen- und Themenkatalog, an Hand dessen historisches und aktuelles Material sowie theoretische Texte behandelt werden können. Gleichzeitig müßte ein solcher Themen- und Fragenkatalog so angelegt sein, daß er jeweils ein Gesamtproblem in vertiefender Fragestellung behandelt. So müßten beispielsweise zu der Frage: „Was war und was ist der Faschismus?" zu Anfang die wichtigsten historischen Fakten und Entwicklungen durchaus auch agitatorisch aufgeworfen werden. Dann müßte man weitergehen zu den Fragen der wissenschaftlichen Beurteilung des Faschismus, der Behandlung der Theorien der wichtigsten politischen Strömungen. So könnte versucht werden, dem sehr unterschiedlichen Kenntnis- und auch Interessenstand der Mitglieder nachzukommen.

Niemand erwartet von der Volksfront, daß sie auf alles eine Antwort hat, aber sie muß sich in die Lage versetzen, die richtigen Fragen zu stellen.

b) Gezielte Propaganda, also wissenschaftliche Untersuchung und Enthüllungen der Reaktion:

Ein praktisches Beispiel aus der bisherigen Tätigkeit war dazu die Flugblattaktion mit Informationsständen gegen das Ausländerpapier der IHK.

Der Zweck dieser Art wissenschaftlicher Untersuchung und Enthüllung müßte sein, Einsichten und Ergebnisse wissenschaftlicher Kritik an der Reaktion als handgreifliche und augenscheinliche Tatsachen, als gewolltes und beabsichtigtes Ergebnis einer von handelnden Personen betriebenen Klassenpolitik der Monopolbourgeoisie nachzuweisen.

Gelingt dieser Nachweis, so gelingt auch eine politische Schwächung der Finanz- und Monopolbourgeoisie und ihrer Politik der Reaktion, und zwar genau so weit, wie eine Zersetzung ihres Anhanges gelingt.

Also, gegen die westdeutschen Kriegsvorbereitungen wäre nicht einfach zu behaupten, daß „in Wirklichkeit" der Imperialismus nie einen Verteidigungskrieg führen kann, weil der Zweck des imperialistischen Krieges immer die Sicherung der Wirtschaftsexpansion ist. Vielmehr wäre **nachzuweisen, daß** die BRD einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und die osteuropäischen Völker **tatsächlich** vorbereitet und wie sie ihn vorbereitet. Warum sie welche Waffen beschafft, wie die Soldaten zwecks Okkupation im „Osten" ausgebildet werden, welche Planungen auf wirtschaftlichem Gebiet für die Heimholung „des Ostens" ins Reich bereits unternommen werden usw. usf. Daß die BRD diese Kriegsplanung und Vorbereitung in ihrer zusätzlichen Eigenschaft als NATO-Mitglied betreibt, bedarf dagegen noch kaum eines Nachweises, denn das ist erstens bekannt, wird zweitens von niemandem bestritten, sondern drittens zusätzlich von der Bundesregierung und allen staatstragenden Parteien ständig verkündet.

c) Aktionen gegen die Faschisten, gegen ihre Propaganda, ihr Auftreten, ihre Förderung und Unterstützung durch die Reaktion:

Der Kampf gegen Faschismus und Reaktion ist die Aufgabe der Volksfront. Die Faschisten sind der Stoßtrupp der Reaktion, und zwar in jeder Hinsicht: ideologisch, propagandistisch, in der gewaltsamen Unterdrückung der Lohnabhängigen.

Gegen die historische Erfahrung, den Faschisten als Stoßtrupp und reaktionärstem Flügel direkt entgegenzutreten, hat sich in der Öffentlichkeit eine liberale Strömung breitgemacht, daß man mit Aktionen, mit Gewalt ja auch wieder nichts erreichen könne. Dabei fallen gerade hier wichtige Vorentscheidungen im Kampf gegen die Reaktion.

Aufschlußreich ist dagegen, wie die Faschisten selbst diese Frage behandeln. Der „Kampf um die Straße" und der „Kampf auf der Straße" wird in den einschlägigen Nazi-Schriften nicht nur als Teil der Unterdrückung der Arbeiterbewegung, sondern als Mittel der politischen Propaganda behandelt. Erst durch gewaltsame Einschüchterung schwankender Elemente würde dann auch die Propaganda die nötige „Zugkraft" erhalten. (Näheres hierzu findet sich in W. Münzenbergs Untersuchung der Nazi-Propaganda: „Propaganda als Waffe".)

Gerade deshalb sind auch die in den letzten Jahren zunehmenden Aktionen der Gewerkschaften gegen die Faschisten von so großer Bedeutung und verdienen jede Unterstützung. Solche Aktionen gegen Faschisten werden in der nächsten Zeit mit Sicherheit in wachsendem Umfang notwendig sein. Sie erfordern gute propagandistische Vorbereitung und Unterstützung.

2. Zu den Schwerpunkten der Tätigkeit der Volksfront im einzelnen:

Hierzu hat der letzte Kongreß der Volksfront Beschlüsse gefaßt, und der nächste Kongreß wird die Arbeitsplanung für die weitere Arbeit festlegen. Grob untergliedert könne man aufführen:

- Kampf gegen die **alten und neuen Faschisten;**
- Kampf gegen den **imperialistischen Krieg** und die Kriegsvorbereitungen der westdeutschen Bourgeoisie. **Hier** stellt sich die Frage, welche **bestimmte** Aufgabe setzt sich die Volksfront im Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen und gegenüber der Friedensbewegung.

Nimmt man die Aufgabenstellung einer Frontpolitik gegen die westdeutsche Monopolbourgeoisie zum Ausgangspunkt der Beantwortung dieser Frage, so liegt auf der Hand: Die Volksfront müßte sich zum Ziel setzen, in der Bewegung gegen den Krieg und gegen die Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen alle Momente einer Gegnerschaft gegen die westdeutsche Bourgeoisie zu bestärken, weil nur in Gegnerschaft gegen den gemeinsamen Feind der Aufbau einer Front unterschiedlicher Kräfte, Gruppierungen und Ansichten möglich ist.

Das würde bedeuten: Kritik der westdeutschen Kriegsziele; Kritik der Kriegsplanung und Rüstungspolitik des BRD-Imperialismus; Kampf gegen Nationalismus und Chauvinismus. Mit diesem besonderen Beitrag zur Entwicklung einer Einheitsfrontpolitik gegen die westdeutschen Kriegsvorbereitungen könnte die Volksfront einen qualifizierten Beitrag zur Unterstützung der Forderung nach Volksbefragung gegen den Stationierungsbeschluß leisten.

- Kampf gegen politische **Un-**



terdrückung und Lohnsenkung. Dies bedeutet, nach dem Stand der örtlichen Kräfte vor allem zu entscheiden, welche Forderungen und Aktionen von Gewerkschaften und politischen Bewegungen durch die Volksfront gezielt unterstützt werden können und wie.

• Kampf gegen die **Ausländerpolitik** der Reaktion. Gegen die Ausländerpolitik der Reaktion wurden durch den letzten Kongreß der Volksfront eine Reihe von Festlegungen getroffen und Tätigkeiten festgelegt, die der nächste Kongreß auswerten und fortsetzen müßte.

3. Wie könnten bei diesen Aufgaben die verschiedenen Organisationsebenen der Volksfront zusammenwirken?

In etwa wäre eine gewisse „Arbeitsteilung" in folgender Weise denkbar:

a) Zentral, also durch den Bundesvorstand, müßten vor allem die Aufgaben einer „wissenschaftlichen Untersuchung und fundierten Enthüllung der Reaktion" koordiniert werden. Neben dem Mittel von Materialblättern und der Nutzung des „Volksechos" wäre zu überlegen, ob zu bestimmten, genau umrissenen Fragen Arbeitsgruppen mit klarem Arbeitsauftrag eingerichtet werden können. Das alles nach dem Motto: wenig, aber gut. Man braucht sich nicht gleich Projekte wie das Braunbuch gegen den Hitler-Faschismus zum Vorbild zu nehmen, aber eine gewisse Richtung der Arbeit könnte das schon angeben. Jedenfalls, faktenreiche Broschüren oder Bücher wie etwa „Angriffsziel DDR" in den 60er Jahren fehlen derzeit ziemlich.

Mögliche Themen hierzu: Nachweis der Planung eines Angriffskrieges durch die BRD (Kriegsziele, Kriegsplanung, Vorbereitung etc.); Erstellung eines „Gutachtens" durch Mitglieder oder Freunde der Volksfront, die Juristen sind, über die gegenwärtigen rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Errichtung einer offen terroristischen Diktatur in der BRD und was dagegen zu unternehmen wäre.

b) Die Landesebene, also die Landesvorstände: Hier wäre zu überlegen, ob nicht die Landesvorstände sich der Frage von Schulung und Ausbildung stärker annehmen sollen. Im Bereiche eines Landesverbandes müßten sich die hierfür erforderlichen Qualifikationen in der Volksfront finden lassen.

c) Die Ortsverbände: Unterstützt durch ein Eingreifen von Bundes- und Landesvorstand würden die Bewegungsmöglichkeiten der Ortsverbände zunehmen.

Sie könnten sich dann zur Aufgabe stellen, mit dem Aufbau eines Netzes antifaschistischer Verbindungen auf Ortsebene zu beginnen bzw. die begonnenen Schritte der Aktionseinheitspolitik auszuweiten.

An vielen Orten sind die Kräfte der Volksfront nicht sehr stark. Überlegt man sich immer nur, was können wir als Volksfront Eigenständiges machen, so kommt man sehr oft zu dem Ergebnis: nicht viel. Überlegt man sich aber, wie kann die Volksfront zur Verbindung bestehender politischer Kräfte, Gruppierungen, Bestrebungen gegen Faschismus und Reaktion beitragen, so stellt sich die Sache oft ganz anders dar.

Zum Beispiel, man beginnt erst einmal mit der Erfassung von Terminen und Aktivitäten gegen Faschismus und Reaktion, man sammelt bestehende Veröffentlichungen auf Ortsebene gegen den Faschismus — das ist oft erstaunlich viel. Dann kann man dies anderen Organisationen, Gruppen usw. zuschicken. Man nutzt die Stadtzeitungen, die oft froh über Stoff sind, zur Veröffentlichung. Die Zusammenarbeit mit VVN und verschiedensten antifaschistischen Initiativen läßt sich auf diesem Wege meist problemlos entwickeln.

Sodann könnte man sich die Aufgabe eines antifaschistischen Informationsdienstes stellen. Erste Schritte dazu sind Nachrichten in bestehenden Veröffentlichungen, z.B. dem Nachrichtendienst des BWK, in Gewerkschafts- und Stadtzeitungen. Hat man diese Meldungen angefangen, so kann man sie monatlich oder zweimonatlich für die Mitglieder der Volksfront und für andere Organisationen zusammenstellen.

Diese Beispiele sollen nur einige der unseren Kräften angemessenen Tätigkeiten auf diesem Gebiet aufzeigen.

4. Erörterung und Klärung weiterer Fragen des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion:

Als die Kommunistische Internationale die Grundsätze einer Volksfrontpolitik gegen den Faschismus entwickelte, da traf sie Festlegungen für große revolutionäre Massenparteien und für ihre Politik gegenüber anderen, bürgerlichen Arbeiterparteien. Die Politik der Volksfrontregierungen in Frankreich unter Leon Blum (1934), während einer kurzen Zeit des spanischen Bürgerkrieges (1936) und in Chile (1936), unter maßgeblicher Beteiligung und Unterstützung durch kommunistische Parteien, ist nur in sehr allgemeinem Sinne mit den Aufgaben und Bedingungen heute vergleichbar.

Alle damals aufgeworfenen Fragen müssen heute unter ganz anderen Bedingungen erörtert werden. Zu klären ist u.a., welche praktischen nächsten Zielsetzungen müßte eine Volksfrontpolitik heute verfolgen in der BRD. Was heißt „Verteidigung der bürgerlichen Republik", was ja die Aufgabenstellung der historisch bekannten Volksfrontpolitik war, unter den heutigen Bedingungen. Welche Klassen und Schichten, welche Parteien und Strömungen müßte eine solche Politik umfassen bzw. umfassen können? Wie und mit welcher praktischen Perspektive stellt sich die Frage der Front gegen die Reaktion und des Kampfes für den Sozialismus heute?

In dem Maße, wie die Volksfront ihre eigene Arbeit festigt, wird sie notgedrungen über diese und andere Fragen des Kampfes gegen Faschismus und Reaktion mit anderen Organisationen eine Erörterung aufnehmen. Dabei wird auch die Beurteilung der gegenwärtigen Entwicklung des BRD-Imperialismus und die Frage der Rolle des Faschismus heute von Bedeutung sein. — Dazu möchten wir abschließend drei Thesen zur Diskussion stellen:

a) Faschismus und Kampf gegen den Faschismus heute. Was meinen wir eigentlich genau damit? — Zu unterscheiden sind zumindest drei verschiedene Fragen, die in der Diskussion oft kaum zu trennen sind:

• die faschistische Ideologie und Propaganda als besondere Variante imperialistischer Ideologiebildung, ihre Kritik und Vernichtung;

• die Bildung faschistischer Organisationen und Gruppierungen bzw. der Kampf dagegen;

• der Faschismus als besondere Wirtschafts- und Staatsform der Diktatur der Bourgeoisie.

b) Die Reaktion plant den Übergang zu neuen offenen und direkten Formen ihrer Diktatur. Aller Voraussicht nach werden diese geplanten Formen einer offenen Diktatur nicht die gleichen sein wie unter dem Hitler-Faschismus, und sicherlich wird ein Übergang zu solchen neuen Formen offener und direkter Diktatur der Bourgeoisie nicht genauso vonstatten gehen wie in den 20er und 30er Jahren. Der Hitler-Faschismus wurde vorbereitet durch eine Propaganda für den „nationalen Umsturz" der bestehenden „liberalen" bürgerlichen Ordnung, also der Weimarer Republik, die nicht zuletzt das Ergebnis einer niedergeschlagenen Revolution war.

Heute dagegen kann die Reaktion eine Mobilisierung und Sammlung zur Sicherung der „bestehenden Ordnung" und ihrer „Errungenschaften" betreiben. Kämpft man also gegen den Faschismus, so ist zu klären, wie bekämpft man die „rechtsstaatliche" und „FDGO-gemäße" Verschärfung der politischen Unterdrückung. Wie ist zu verhindern, daß die Reaktion selbst mit vorgeblichen Maßnahmen gegen die Faschisten und vor allem gegen „rechts und links" zur Errichtung neuer Formen einer imperialistischen Ordnungsdiktatur greift?

c) In der BRD wird deshalb aller Voraussicht nach eine Einheitsfront- und Volksfrontpolitik nicht ohne Kritik der Verfassung und auf mittlere Sicht nicht ohne Forderungen zur Änderung der Verfassung auskommen. Hierbei tritt in der BRD der einmalige Fall auf, daß die westdeutsche Bourgeoisie eine Verfassung durchgesetzt hat, die nie auch nur von einem Hauch bürgerlicher „Demokratie", also einer Abstimmung, befleckt wurde, die aber gerade deshalb in ihren Grundbestandteilen und Paragraphen nicht mehr, auch durch keine Mehrheit, geändert werden darf.

Diese und andere Fragen kann die Volksfront mit ihrem Programm erörtern und klären.

Das Interesse der beteiligten Klassen und Schichten an einer Einheits- und Volksfrontpolitik gegen die Reaktion ist die Verteidigung ihrer sozialen Interessen trotz und gegen das Privateigentum. Darin unterscheidet sich diese Verbindung von allen Bündnissen zwecks Verteidigung des Privateigentums. Deshalb enthält das Programm der Volksfront ausdrücklich keine Festlegung auf das Privateigentum und die Verfassung. Das Programm der Volksfront endet mit dem Passus:

„Gegen Verschlechterung bzw. für Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Werktätigen". Damit drückt das Programm aus, daß die Verteidigung erkämpfter Rechte und der Kampf gegen Reaktion und Unterdrückung nur mit dem Ziel positiver gesellschaftlicher Veränderung und Emanzipation der arbeitenden Klassen verfochten werden kann.

chc, rih (BWK)



„Sieg Heil", Borussia . . .

Über Fußball, Nazis, Ausländerfeindlichkeit und eine Schwäche der Linken

Wenn der HSV nach Dortmund kommt, ist alles etwas anders. Die Fans des Meisters und der Borussia sind nämlich befreundet, in der Regel jedenfalls. Dennoch hat ein solcher Großkampftag auch seine Schattenseiten: Wenn die Fan-Klubs „Die Löwen" und „Borussenfront" zusammenkommen, ist das ein besonders brisantes Gemisch.

Denn hier kann man schon nicht mehr im eigentlichen Sinne von Fan-Klubs reden: Beide Gruppen werden stark von jugendlichen Neonazis dominiert. Und die „Randale", die sie besonders (nicht nur) an solchen Fußballtagen machen, geht weit über den üblichen Rahmen hinaus: **Politischer Terror ist ihr Geschäft, die Opfer sind vor allem Ausländer.**

„Sieg Heil!" und „Ausländer raus!"-Rufe weiß-blauer und gelb-schwarzer Fans bekamen am vergangenen Samstag denn auch die Teilnehmer einer Demonstration gegen die türkische Militärjunta und die Ausländerpolitik der Bundesregierung zu hören, die um die Mittagszeit durch den Dortmunder Norden und die Innenstadt zogen.

Aber das war nicht das Schlimmste an diesem Tag. So richtig los ging es erst, als die meisten Hamburger schon auf der Heimfahrt waren: Anhänger der Borussenfront zogen nach dem 1:2 durch die Nordstadt, überfielen das deutsch-türkische Kulturzentrum in der Stahlwerkstraße und eine benachbarte Imbißstube. Unter dem Gebrüll von Nazi-Parolen verwüsteten sie die Einrichtung, prügelten auf Wirtsleute und Gäste, schossen mit Gaspistolen. Im nahegelegenen Park wurden Türken so schwer mißhandelt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Die Wohnung einer türkischen Familie in der Stahlwerkstraße wurde mit scharfer Munition beschossen.

Diese Verbrechen sind nur ein Glied in einer langen Kette von Gewalttaten. Seit langem ist die ausländische Bevölkerung im Norden solchem Terror ausgesetzt, der allerdings jetzt immer brutalere Formen annimmt. Und erst am Vortag, in der Nacht zum Samstag hatten etwa 40 Anhänger der Borussenfront das Lokal „Zur Tränke" in der Oestermärsch gestürmt, den Wirt bedroht, Einrichtung und Gläser zerschlagen und Geld gestohlen.

Ausgangspunkt für derartige Aktionen ist in der Regel die Gaststätte „Grobschmied". Das ist allgemein bekannt, auch der Polizei übrigens, ebenso wie die Tatsache, daß des öfteren Neonazis aus anderen Städten anreisen, um ihren Dortmunder Kumpanen beim „Türken aufmischen" zu helfen. Es gibt auch immer wieder vorläufige Festnahmen, aber die Nazis sind stets schnell wieder frei, statt hinter Gittern zu verschwinden.

Hier müßte ganz anders durchgegriffen werden. Diese Zustände sind untragbar. Aber „durchgreifen" — was heißt das?

Es handelt sich hier nicht nur um ein polizeiliches Problem. Natürlich: Die Polizei müßte ganz anders gegen die bekannten Anführer der Bande vorgehen, müßte auch wirksame Maßnahmen zum Schutz der bedrohten Bürger treffen. Muß selbstverständlich auch bei Aktionen wie der Demonstration am Samstag dafür sorgen, daß Nazis und von ihnen aufgehetzte Fußballfans — diese Unterscheidung ist notwendig, selbst bei der Borussenfront — die Demonstrationsteilnehmer nicht gefährden können. Aber das ist nur eine Seite.

Es ist vor allem ein politisches Problem, und auf politischer Ebene sind auch die Voraussetzungen zu schaffen für ein ganz anderes polizeiliches Vorgehen.

Es ist ein politisches Problem aber nicht allein für „die Politiker", also Stadträte, Länderparlamente, Bundestag — es ist ein politisches Problem auch für die Linke, für alle Demokraten und Antifaschisten.

Ich meine damit zum einen, daß wir gegenüber Fußballfans und ihren Klubs eine vernünftige, differenzierte und nicht von Weltfremdheit und Panik bestimmte Haltung einnehmen müssen. Dieser Bemerkung liegt die immer wieder gemachte Erfahrung zugrunde, daß viele Linke — Deutsche wie Ausländer — zumindest organisiert auftretende Fußballfans an sich für kriminell und faschistisch zu halten scheinen. Das führt dann manchmal zu absurden Situationen, so auch am letzten Samstag: Da bog eine Gruppe Hamburger aus einer Nebenstraße in den Ostenhellweg ein und ging ein Stück am Demonstrationszug entlang. Daß sie sich nicht leise vorbeidrückten, sollte nicht verwundern. Was riefen sie? "Ha-Es-Vau! Ha-Es-Vau!" Was riefen viele "Demonstranten? "Nazis raus!"'.. Als im Verlauf dieses unsinnigen lautstarken verbalen Schlagabtausches in Nebenstraßen Polizeisirenen zu jaulen begannen, sagte nicht nur einer der Demonstranten: "Das wurde auch Zeit."

Hier begibt man sich selbst in eine falsche Frontstellung, und das kann unserer Sache nur schaden. Und was das Auftreten der Polizei gegenüber den Fußballfans angeht: Das ist unter aller Sau. Ich kann mich nicht als Demonstrant darüber freuen, wenn uniformierte Schläger blutjunge Fans in Vereinstracht schon rücksichtslos abdrängen und schlagen, wenn sie sich neugierig dem Demonstrationszug nähern. Das bewirkt auch bei den Betroffenen bestimmt keine freundliche Einstellung gegenüber dem Anliegen der Demonstranten, gegenüber „den Ausländern" usw.

Fußballbegeisterung ist die normalste Sache von der Welt. Fußball ist ja auch eine der schönsten Sportarten, die es gibt. Klar — das ist eine ganz persönliche Aussage, die man nicht teilen muß; aber auch wenn man das nicht tut, sollte man den vorstehenden Satz als Tatsache zur Kenntnis nehmen. Daß sich für viele Jugendliche, gerade für arbeitslose Jugendliche übrigens, der Fußball oder richtiger: der allwöchentliche Stadionbesuch und das Drumherum zur absoluten Hauptsache überhaupt entwickeln und sie sich nicht, wie man es sicher lieber hätte, aktiver und politisch mit ihrer eigenen Situation auseinandersetzen, mag einem nicht passen, ist aber erstmal so. Und wen man daran etwas ändern will, dann muß man einen Draht zu diesen Jugendlichen finden.

Den findet man nicht allein auf dem Fußballplatz und in den Fan-Klubs. Aber auch dort, und das ist wichtig. Die Neonazis haben es in verschiedenen Städten verstanden, das massiv für sich auszunutzen, die Unzufriedenheit der Jugendlichen in politisches Kapital für sich umzumünzen. Wir sollten das als eine Schlappe für uns verstehen.

Die Nazis müssen unter den Fußballfans *isoliert* werden. Dazu muß man *dabeisein*. Es beginnen sich bereits bestimmte Fankreise von ihnen zu distanzieren, auch in Dortmund haben Fans z. B. in der örtlichen Presse Stellung gegen die Borussenfront bezogen und unter anderem den Vorstand des Vereins aufgefordert, sich von diesem Klub und seinen faschistischen und ausländerfeindlichen Umtrieben zu distanzieren. Eine Forderung, mit der hier auch schon die Deutsch-Ausländische Freundschaftsinitiative (DAFI) an die Öffentlichkeit getreten ist. Der Vorstand schweigt bisher. Denn für ihn ist Fußball nicht das, was er für die Millionen Fans ist. Für ihn ist er in erster Linie ein Riesengeschäft (mit gewissem Risiko), und für ihn ist jeder Stadionbesucher ein Geldlieferant. Da will man keine vergraulen. Da sagt man sich offensichtlich: Laßt die Leute von der Borussenfront doch Ausländer zusammenknüppeln, solange mit ihrer mehr Zuschauer kommen als ohne sie...

Dagegen sollten sich Fußballfans überall wehren. Darum sollten auch wir uns nach Kräften kümmern, und mit „wir" meine ich jetzt nicht nur die Linke im allgemeinen, sondern auch ganz konkret unsere Partei und noch mehr unser Jugendverband, die KJD. Richtig: Das ist auch eine Frage der Kräfte. Aber diese Frage kann man erst dann richtig diskutieren, wenn man sich über politische Hintergründe klar geworden ist.

Öffentlicher Protest gegen die Umtriebe von Nazis auch im Gewande von Fußballfans, öffentliche Aufklärung gegen Ausländerfeindlichkeit, aktive Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern sind notwendig. Und Forderungen an die Politiker, die weitergehen müssen, als ein polizeiliches Einschreiten von Fall zu Fall zu verfügen. Das Auftreten der Borussenfront wird weitgehend geduldet, wie das Auftreten von Nazis überhaupt geduldet wird: Die politische Reaktion nutzt sie für ihre Ziele aus. Die Forderung muß deshalb auch in diesem Zusammenhang sein: **Verbot jeglicher faschistischer und rassistischer Organisierung und Propaganda! Wer „Sieg Heil" und „Ausländer raus" brüllt und auf dieser Grundlage politische und terroristische Aktivitäten entwickelt, muß in jedem Fall bestraft werden.** Gewalttätige Neonazis müßten und könnten natürlich schon jetzt weit härter zur Verantwortung gezogen werden, als das geschieht.

Dagegen wehren sich die meisten Politiker in den Parlamenten und die Bundesregierung sowieso.

Da muß politischer Gegendruck entfaltet werden, da müssen alle antifaschistisch gesinnten Menschen unabhängig von ihren sonstigen politischen Bindungen an einem Strang ziehen. Dafür sollten wir uns überall einsetzen.

Für uns in Dortmund sind die Vorfälle vom Samstag erneuter Anstoß dazu.

Dietrich Lohse

Fragen zum Ausländerprogramm der KPD

Betr.: Unbeschränkte Einwanderung

„Liebe Genossen!
Ich habe eine Anfrage zum Entwurf des Ausländerprogramms.

Als erste Forderung steht dort: Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik. Wie ist das zu verstehen? Ist die Forderung bezogen auf die darüber genannten schon bestehenden und noch zu erwartenden Beschränkungen? Wenn ja, ist der Bezug m. E. nicht eindeutig genug, müßte die Forderung anders formuliert oder untergliedert werden (oder erübrigt sich durch die zu dem Punkt noch folgenden Forderungen). Wenn nein, also die Forderung prinzipiell gemeint ist, berührt sie u. a. die Frage des Asylrechts, frage ich mich außerdem, was mit Reaktionären ist, mit nachweislichen Mitgliedern und Sympathisanten von faschistischen Organisationen. Weiter ist mir nicht klar, inwieweit ein Staat, kapitalistisch oder auch sozialistisch, eine generell unbeschränkte Einwanderung wirtschaftlich verkraften kann.
Gruß
M., Düsseldorf"

Gegen kapitalistische Willkür

Zur Verdeutlichung unserer Forderungen für unsere Leser ist der in dem Leserbrief angesprochene Absatz des Ausländerprogramms im nebenstehenden Kasten noch einmal vollständig widergegeben.

Die Forderung, die Einwanderung in die Bundesrepublik nicht zu beschränken, ist durchaus grundsätzlich gemeint. Sie richtet sich, wie im Programm erläutert, gegen die unerträgliche Praxis der Kapitalisten und ihres Staates, die Ausländer als beliebig manövrierbare Masse zu behandeln, sie auch noch in verschiedene Kategorien zu unterteilen und gegeneinander auszuspielen. Sie stellt auch klar in Rechnung, was von den Reaktionären immer bestritten wird: Die Bundesrepublik ist längst zum Einwanderungsland geworden.

Können wir die Ausländer verkraften? Warum sollten wir sie nicht „verkraften" können? Alle, die jemals hier gearbeitet haben, alle, die heute hier leben, haben durch ihre Arbeit für unseren Lebensstandard mitgesorgt, und sie haben vergleichsweise weniger davon gehabt als die Deutschen. Sie sollen ihre Familien bei sich haben können, schließlich sind sie Menschen und kein Arbeitsvieh. Es können noch einige mehr kommen — wenn zum Beispiel die EG-Freizügigkeit auf Bürger der Türkei ausgeweitet wird, was die Bundesregierung verhindern will. Wir sagen: Sollen sie kommen. Wir wehren uns dagegen, daß hier plötzlich ganz offen der früher stets beschworene Anspruch, mit der EG würden die Grenzen offener, könnten sich die Menschen vieler Länder näher kommen, über Bord geworfen wird und nur noch die wirtschaftlichen und militärischen Ziele im Raum stehen. Sind Türken Menschen dritter Klasse?

Wir meinen: Das vielbeschworene Schreckgespenst der Ausländerinvasion im Falle der Aufhebung der Restriktionen ist tatsächlich ein Gespenst, ein Fantasiebild, das zusammen mit der Hetze über minderwertige Ausländer die deutschen Bürger in Alarmbereitschaft versetzen soll. Was sollte alle Arbeitslosen der näher oder ferner gelegenen Länder zur Völkerwanderung nach Westdeutschland bewegen? Sie hätten doch hier nichts zum Leben, Sozialhilfe bekommt auch nicht jeder gleich, der seinen Fuß über die Grenzen unseres Landes setzt. Zwischen den EG-Staaten herrscht heute die „Freizügigkeit", trotzdem haben sich die Arbeitslosen Süditaliens oder anderer Regionen nicht ins einstige Wirtschaftswunderland aufgemacht. Und auch die Bevölkerung der Türkei wird ihr Heimatland nicht scharenweise verlassen.

Die Wirtschaftsprobleme unseres Landes kommen in keiner Weise durch die Ausländer. Die kapitalistische Krise haben die Kapitalisten zu verantworten, und sie müssen gezwungen werden, sie zu bezahlen.

Auch ein sozialistisches Deutschland würde kaum von Ausländern „überschwemmt" werden. Und wer beim Aufbau helfen will — warum sollte er nicht willkommen sein?

Was das Asylrecht betrifft, so ist das einzige Problem, was es damit gibt, die Tatsache, daß tatsächlich politisch verfolgte Demokraten, Antifaschisten und Revolutionäre nicht ins Land gelassen werden. Reaktionäre haben damit kein Problem, sie gehen hier ein und aus. Deshalb heißt unsere Forderung zum Asylrecht auch: „Zügige Anerkennung aller Asylbewerber". (Darüber hinaus kämpfen wir bekanntlich dafür, daß jede faschistische Betätigung und Organisierung in der Bundesrepublik verboten und streng bestraft wird.)

Aufenthaltserlaubnis

Der Aufenthalt von Ausländern in der Bundesrepublik ist an die Bewilligung einer Aufenthaltsabrlaubnis geknüpft. Die Erteilung einer Aufenthaltsabrlaubnis hängt von vielen Bedingungen ab, letztendlich aber von den Profitinteressen des Kapitals, von seinem Bedarf an billigen Arbeitskräften. Die Aufenthaltserlaubnis ist generell zeitlich beschränkt, häufig wird sie, wiederum je nach Bedarf, nur für bestimmte Regionen oder sogar Stadtteile erteilt. Ausländer aus Staaten der EG bekommen bevorzugt eine Aufenthaltserlaubnis. Familienangehörige, die nachkommen möchten, bekommen nur unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis. Es steht den Ausländerbehörden frei, die Aufenthaltserlaubnis jederzeit — etwa bei der Teilnahme an Streiks oder bei unliebsamer politischer Betätigung — zu widerrufen. Seit dem Herbst 1980 hat die Regierung den Zuzug in die Bundesrepublik noch weiter eingeschränkt, indem sie für zahlreiche Länder Visumszwang eingeführt hat. Weitere Beschränkungen vor allem für den Zuzug von Kindern und Jugendlichen sind geplant.

Es liegt auf der Hand, daß die Verknüpfung des Aufenthalts in der Bundesrepublik mit einer besonderen behördlichen Erlaubnis sowie die zahlreichen Zuzugsbeschränkungen, die die ausländischen Arbeiter und Werktätigen in der Bundesrepublik in besonderer Weise rechtlos machen und sie in besonderer Weise der Willkür des Kapitals, seinen Profitinteressen unterwerfen.

Wir fordern deshalb:

- **Keine Beschränkung der Einwanderung in die Bundesrepublik;**
- **Unbeschränkte Aufenthaltsberechtigung für alle in der Bundesrepublik lebenden Ausländer ohne irgendwelche Bedingungen;**
- **Rücknahme aller die Familienzusammenführung einengenden Bestimmungen und Maßnahmen;**
- **Keine Visumspflicht;**
- **Keine lokale und zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis.**
- **Gleichstellung von Nicht-EG-Ausländern mit den EG-Ausländern bei der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis.**

Die Möglichkeit, ohne Beschränkungen in die Bundesrepublik einzuwandern, löst auch das Problem der sogenannten Wirtschaftsasylanten.

„Evren Mörder — Kohl Komplize!"

Demonstration und Hungerstreik in Dortmund

Etwa 170 Menschen beteiligten sich am 20. August an einer örtlichen Demonstration in Dortmund, um gegen die drohende Abschiebung des türkischen Asylbewerbers Kemal Altun und die Zusammenarbeit Bonns mit dem Verbrecherregime in Ankara zu protestieren. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit den verfolgten und gefangenen Antifaschisten, Demokraten und Revolutionären in der Türkei.

Die Demonstration wurde organisiert von der KPD, der KJD, Autonomen Gruppen, dem BWK und türkischen und kurdischen Organisationen. DKP und SDAJ hatten sich „ausgeklinkt". Auf der Abschlußkundgebung wurde besonders die Politik der Bundesregierung angeprangert, die das Folterregime unterhält, ihm Opfer ausliefert und bei uns eine Politik macht, an deren Ende auch in Westdeutschland wieder eine faschistische Diktatur stehen könnte — wenn man ihr nicht das Handwerk legt. In dem Kampf dagegen müssen deutsche und ausländische Arbeiter zusammenstehen. Auch gegen die von der Regierung geschürte Ausländerfeindlichkeit richtete sich diese Aktion.

Im Anschluß an die Kundgebung begannen einige Antifaschisten einen Hungerstreik in der Innenstadt Dortmunds, der bis zum 24.8. dauern soll.

An das MdL
Frank Schwalba-Hoth
über: Fraktion der Grünen
6200 Wiesbaden

Offener Brief

Kiel, am 15. August 1983

Lieber Frank!

Ich schreibe Dir als Mutter eines 21jährigen Sohnes, der am 13. Oktober 1982 in El Salvador ermordet wurde. Mein Sohn war als Tourist auf der Durchreise, als er von Regierungssoldaten angehalten wurde. Wegen seines Äußeren und einiger mitgeführter Tabletten hielten sie ihn für einen „Subversiven“, und ohne weitere Kontrolle oder Untersuchung wurde er brutal mißhandelt und unmittelbar danach erschossen.

Ich, die ich damals über El Salvador nicht viel wußte, verlor erst zwei Monate später die Geduld, als die US-Regierung, deren Staatsbürgerschaft mein Sohn und ich besitzen, mir nicht nur alle wichtigen Informationen über den Tod meines Sohnes vorenthielt, sondern mich auch offensichtlich mit immer neuen, erfundenen Geschichten hinhielt. So flog ich selbst erst nach Washington, dann nach El Salvador — und erlebte selbst, wie unverfroren US-Botschaft und Militärberater mit einem Regime und dessen Armee zusammenarbeiten, das zehntausende von Morden auf dem Gewissen hat.

Inzwischen habe ich über 200 Dokumente, die die US-Regierung unter Verschluß hielt, weil sie etwas über die Hintergründe dieses Mordes beinhalten, herausgeklagt. Einige wichtige fehlen noch. Doch bereits jetzt kann ich beweisen, daß die US-Regierung Komplize der Mörder meines Sohnes ist, und ich weiß, daß sie auch Komplize tausender anderer Morde in El Salvador ist.

Ich habe mich über Deine Aktion im Hessischen Landtag gegen den US-Offizier gefreut, wolltest Du doch damit genau das öffentlich deutlich machen, was ich in sechs Wochen in einem Prozeß gegen die US-Regierung beweisen, werde: Die Orden an dieser Uniform sind Belobigungen für Morde und Massenmorde. Über 90 Prozent der von der US-Armee in Vietnam und in El Salvador, wo die Armee ebenfalls von US-Offizieren ausgebildet und in den Kampfeinsätzen geleitet wird, Getöteten waren und sind Zivilisten, und auch die getöteten Guerrilleros wollen nichts weiter als Frieden und Gerechtigkeit für ihr Land. Mit dem Tragen dieser Uniform hat sich der von Dir „angegriffene“ Offizier zu diesen Morden bekannt. Geschmacklos war nicht Deine Aktion, sondern der Empfang dieses Generals. Als Mutter eines Sohnes, der durch die Tätigkeit von Trägern dieser Uniform, der Uniform der US-Armee getötet wurde, danke ich Dir für Deine Aktion.

Meinen Sohn haben sie ermordet. Das einzige, was mir darüber hinweghelfen kann, sind Menschen wie Du und Aktionen wie die, die Du unternommen hast.

Herzliche Grüße
Renate M. Kline

(Zuerst veröffentlicht in der „taz“ vom 21.8.)

Ob zum Personalausweis, ob zur Volkszählung:

Aus Bonn nichts als Lügen

Nicht nur zur Einführung des computerlesbaren Personalausweises zeigt sich die Bundesregierung entschlossen, sie bekräftigte dieser Tage auch aufs neue ihren Willen zur Durchführung der Volkszählung. Die Stellungnahme, die sie zu diesem Thema dem Bundesverfassungsgericht zuleitete, strotzt dabei vor verlogenen Beteuerungen über die angeblich damit verbundenen guten Absichten.

Ausgerechnet die sogenannte Sozialstaatsklausel des Grundgesetzes wird bemüht, um die angebliche Unverzichtbarkeit der Volkszählung und der damit verbundenen Datenverknüpfung (zum Beispiel den Melderegisterabgleich, auf den die Regierung nicht verzichten will) zu begründen. Der Staat könne „in der industriellen Massengesellschaft (...) seinen Verpflichtungen zu intensiver Daseinsvorsorge, planenden Eingriffen und ordnender Lenkung ohne verläßliche Informationsbasis, wie sie die Volkszählung vermittelt, nicht gerecht werden“.

„Verarschen können wir uns selber“, wie der Volksmund sagt. Ausgerechnet „intensive Daseinsvorsorge“ soll das Interesse der Unionspolitiker sein? Das ist doch wohl, wenn nicht gerade die Sorge um ihr eigenes Dasein und Wohlergehen und das ihrer finanzkräftigen Hintermänner gemeint ist, ein schlechter Witz.

Ganz ohne Volkszählung steht fest: Der politische und wirtschaftliche Kurs der Regierung gefährdet das Dasein großer Teile unseres Volkes, besonders der arbeitenden Menschen. Weiter steigende Massenarbeitslosigkeit ist ebenso einkalkuliert wie die Senkung, der fortschreitende Abbau von staatlichen Sozialleistungen. Diese Regierung hat doch gar nicht vor, hier im Sinne einer Verbesserung für die Betroffenen einzugreifen, aber sie tut geradezu so, als fehle ihr zur Verwirklichung dieser ehrenhaften Absichten nur das nötige Wissen! Wer uns so belügt, hat seine Gründe.

Was für Gründe das sind, das wird auch durch die Personalausweis-Planungen deutlich. Es geht tatsächlich darum, die Bürger in ihrer Gesamtheit vollständiger zu erfassen und „durchsichtig“ zu machen, dem Zugriff des Staates auszusetzen, wann immer dieser zugreifen will. Hier wird entgegen allen Beteuerungen von Meineid-Zimmermann und seinen Kabinettskollegen der Überwachungsstaat geprobt. Deshalb bleibt jeder Widerstand dagegen gerechtfertigt.

Zeichnung von Dietmar Silber. Aus: *„Linkskurve“ 3/83*

Jetzt offiziell bestätigt:

Der „Schlächter von Lyon“ stand in Diensten des US-Geheimdienstes

Jetzt wird also auch aus USA bestätigt, was Antifaschisten schon lange enthüllt hatten: US-Geheimdienstleute sind verantwortlich dafür, daß nach dem Zweiten Weltkrieg faschistische Verbrecher und Folterspezialisten in Amerika Unterschlupf fanden.

Einer davon war Klaus Barbie, der „Schlächter von Lyon“. Mit seiner Tätigkeit für die SS hatte er seine Eignung für den US-„Spionageabwehrdienst“ CIC nach dem Krieg in der amerikanischen Zone ebenso bewiesen wie für lateinamerikanische Diktatoren, in deren Dienst er sich später stellte, nachdem ihm US-Beamte zur Flucht verholfen hatten. Diese Qualifikation hat er auch immer herausgestrichen. Einmal identifiziert, hatte Klaus „Altmann“ es auch gar nicht nötig, sich von seiner Vergangenheit zu distanzieren. Für manchen ist Amerika eben doch das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Er muß nur aus der rechten Ecke kommen.

Nachdem Barbie nun bereits einige Zeit in Frankreich im Gefängnis sitzt und eh kaum noch was zu verbergen war, hat sich die US-Regierung für ihre Förderung des Massenmörders bei der französischen Regierung „entschuldigt“. Damit wäre dann wohl wieder alles im Lot, scheint man sich in Washington zu denken.

Und auch die Form, in der die Förderung Barbies durch die US-Geheimdienste in den Medien vermarktet wird, wird dem Tatbestand nicht immer gerecht. Zum Beispiel: Die Sensation, als die er teilweise gehandelt wird, ist er nicht. Er war und ist Alltag. Und die Medien haben früher mitgeholfen, diesen Alltag mit einem Grauschleier zu überdecken. Keine Mißverständnisse bitte: Daß es eine Reihe von Sendungen und Veröffentlichungen gab, in denen die Machenschaften der USA und der Geheimdienste jetzt ausführlich beschrieben wurden, ist sehr gut. Es ist nur zu hoffen, daß davon etwas hängen bleibt.

Wichtig ist noch eines: Den Beteuerungen der US-Regierung, „Schlußfolgerungen für die künftige Arbeit der US-Geheimdienste seien nicht notwendig, weil sich deren Maßstäbe seit langem grundsätzlich geändert hätten“ („Frankfurter Rundschau“, 18.8.), darf man keinen Glauben schenken.

Zunächst: Barbie hatte zumindest Kontakte zur CIA, hielt sich dazu in den USA auf (und wurde natürlich auch wieder ungehindert hinausgelassen, um seiner mörderischen Tätigkeit in Bolivien weiter nachgehen zu können).

Und die CIA hat nicht nur beste Kontakte zu den Folterdiktaturen Lateinamerikas (so auch zur alten Regierung Boliviens), sie ist stets daran beteiligt, wenn es darum geht, neue zu errichten. Wie etwa in Chile. An Barbie aber will sie angeblich, nachdem der Gedanke, ihn erneut in Dienst zu nehmen, „kurzzeitig erwogen“ worden sei, „nicht interessiert“ gewesen.

Selbst wenn man das glauben sollte, bleibt doch unbestreitbar: Die Indienstnahme faschistischer Verbrecher ist für die CIA eine ganz normale Überlegung. Was also hat sich da seit 1951, als Barbie von CIC-Beamten zur Flucht nach Buenos Aires verholfen wurde, „um zu schützen, was sie für die Interessen der US-Armee und der US-Regierung hielten“ (so das Memorandum des US-Beauftragten Ryan), geändert?

Nichts hat sich geändert. Und unter diesen Voraussetzungen setzt der heutige Geheimdienst unserer angeblichen „Schutzmacht“ seine verbrecherische Tätigkeit ungehemmt fort. Das sollte jeder wissen, wenn die USA z.B. ihre Mittelamerika-Politik verteidigen und um Unterstützung werben. Es ist immer eine Unterstützung für Menschenschlächter.

Man sollte auch daran denken, wenn man über Vorfälle wie die „Krefelder Krawalle“ redet. Der Mister Bush, dessen Auto von einem Erdklumpen getroffen wurde, war auch einmal CIA-Chef. Ein staatlicher Gangsterboß sozusagen. Heute ist er Vizepräsident der USA, die sich anmaßen, auch über die Zukunft, das Überleben von Bundesbürgern entscheiden zu wollen.

Man sollte im besonderen nicht vergessen, daß keine Bundesregierung je wirklich ernsthafte Schritte unternommen hat, um von sich aus dafür zu sorgen, daß Leute wie Barbie aufgespürt und ihrer gerechten Strafe zugeführt wurden. Auch dies ein Beweis dafür, daß in Bonn nicht wirklich mit dem Ungeist des Faschismus gebrochen wurde. Sonst wäre sicher auch nie so eine enge Freundschaft mit den Herren in Washington zustande gekommen...

Widerstand gegen Kriegstreiberei



Zum Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen der Imperialistischen Mächte, an denen sich die Bundesregierung beteiligt, ruft ein Antikriegsflugblatt der KPD auf, das am 1. September und während der Friedensaktionen im Herbst und Winter verbreitet werden soll.

Es beschreibt die internationale Situation und die Lage der Bundesrepublik, setzt sich mit dem Schwindel der Abrüstungsverhandlungen auseinander und erläutert die Haltung der KPD im Kampf um die Erhaltung des Friedens. Über den Kampf gegen die drohende Stationierung der amerikanischen atomaren Erstschlagwaffen hinausgehend, heißt es am Ende des Flugblattes:

„...wer will, daß sich die Kriegsgefahr in Mitteleuropa verringert, daß die Bundesrepublik nicht zum Kriegsschauplatz der Supermächte, der NATO, des Warschauer Paktes wird, daß wir und unsere Kinder das Morgen noch erleben, der muß den Kampf aufnehmen,

um die Bundesregierung zu zwingen, in Erfüllung des Friedensgebots ihrer eigenen Verfassung zum Schutze des Lebens ihrer Bürger sich abzukoppeln von der Kriegspolitik der Supermächte und eine Politik des Friedens, der Entspannung, der Abrüstung zu treiben.

Das aber heißt konkret (wie es die KPD in ihrem Friedensplan fordert):

- **Abzug aller fremden Truppen von bundesdeutschem Boden;**
- **Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und EG;**
- **Kündigung aller diesbezüglichen bzw. die Souveränität der Bundesrepublik einschränkenden Verträge (Pariser Verträge, Deutschlandvertrag, Vertrag zur Gründung der EWG etc.)**
- **Erklärung der Neutralität der Bundesrepublik Deutschland;**
- **Entfernung aller atomaren, chemischen, biologischen und anderen Massenvernichtungswaffen von bundesdeutschem Boden;**
- **Herabsetzung der Rüstungsausgaben, Einstellung des Baus von Angriffswaffen und ihre Verschrottung;**
- **Keine Teilnahme an militärischen Aktionen, kein Einsatz bundesdeutscher Truppen im Ausland;**
- **Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.**

Die Erfüllung dieser Forderungen würde zweifellos den Frieden in Mitteleuropa und für die Bundesrepublik sicherer machen, auch wenn sie keine hundertprozentige Garantie dafür böte, im Falle eines Krieges zwischen den Supermächten, der NATO und dem Warschauer Pakt von der einen oder anderen Seite nicht angegriffen, besetzt oder überrollt zu werden.

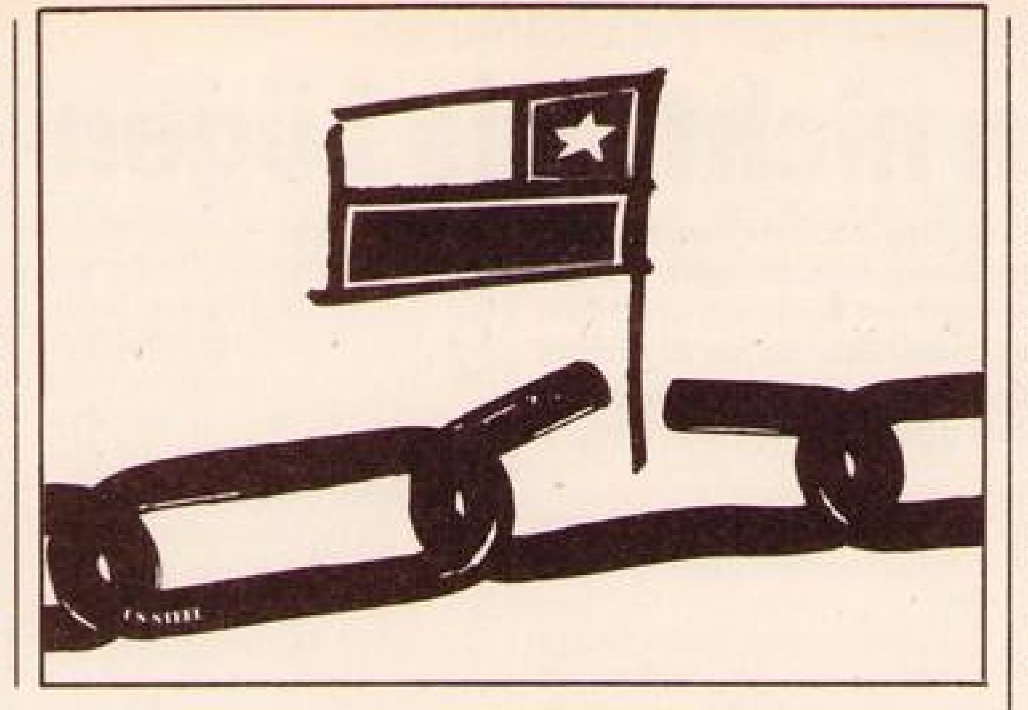
Die Behauptung: Einer neutralen Bundesrepublik würde es gehen wie Afghanistan, ist ein Schmarren, oder wurden das neutrale Österreich, Schweden etwa inzwischen von der Sowjetunion angegriffen? Die Sowjetunion ist derzeit im Gegensatz zu den USA-Imperialisten an einem Weltkrieg, der ihr nur schaden könnte, nicht interessiert. Sie hat subtilere Mittel, die beileibe nicht uneigennützige Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Afrika etc., um ihren Einfluß zu vergrößern. Auch die Behauptung, wir könnten uns nur im Rahmen des westlichen Bündnisses verteidigen, ist absurd. **Was denn verteidigen, wenn es außer Leichen, Trümmern und atomar verseuchten Landstrichen nichts mehr zu verteidigen gibt?**

Doch machen wir uns nichts vor. Die CDU/CSU/FDP-Regierung und das hinter ihr stehende reaktionäre Finanzkapital denken nicht im Traum daran, sich von ihren besten Freunden, den Kriegstreibern in Washington abzukoppeln. Wären doch dadurch ihre eigenen aggressiven Absichten und Ziele gefährdet. **Darum gibt es nur einen Weg, wenn wir leben und überleben wollen: die Handlanger des reaktionären, kriegslüsternen amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals in Bonn, die Kohl/Genscher-Regierung mit allen Mitteln, einschließlich des Generalstreiks zu stürzen, um sie durch eine Regierung zu ersetzen, die bereit ist, die Interessen der Bevölkerung der Bundesrepublik zu vertreten: in Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand zu leben.**

Ein Generalstreik zum Sturz der Regierung, die uns Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Abbau der demokratischen Rechte, den Polizeistaat und dazu noch ein Atombegräbnis erster Klasse beschert, bzw. bescheren will, sei illegitim und undemokratisch? **Was kann es Legitimeres geben als jemanden, der uns zwingen will, auf andere Menschen, die uns nicht das geringste getan haben, zu schießen, der uns als Raketenfutter in einem dritten Weltkrieg verheizen will, durch einen Generalstreik zum Abtritt zu zwingen.** Ein Generalstreik beendete den ersten Weltkrieg, jagte den Kaiser, die Hohenzollern, davon und errichtete die Republik. Besser wäre es gewesen, man hätte durch den Generalstreik den Ausbruch des Weltkriegs verhindert, wir hätten uns zwei Millionen Tote erspart. Letzendlich läuft alles auf eines hinaus: Wer will, daß es keine Kriege, keine Gewehre mehr gibt, der muß das Gewehr in die Hand nehmen unter der Losung: **Krieg den imperialistischen Kriegen!“**

Wenn sich am 11. September zum 10. Mal der Putsch des Augusto Pinochet in Chile jährt, wird der Diktator kaum mit Jubelfeiern rechnen können. Im Gegenteil — nie war seine Stellung so schwach wie heute, wo sich breite Teile der Bevölkerung gegen die Diktatur auflehnen.

Zehn Jahre nach dem gewaltsamen Sturz der Regierung der Unidad Popular unter Salvador Allende zeigt sich für jeden ersichtlich, was die von den Militärs mit Waffengewalt und Terror durchgesetzte Politik für die Massen, für die Arbeiter, Bauern, für Angestellte und Intellektuelle, aber auch für weite Kreise der Mittelschichten und neuerdings auch für Teile des Bürgertums gebracht hat: die weitgehende Ruinierung, die nur mit brutaler Gewalt durchgesetzt werden konnte.



Chile — 10 Jahre nach dem Putsch

Die Ökonomie der Diktatur

Das Land verkauft, ausgeplündert und bankrott

Natürlich war Augusto Pinochet im September 1973 mit der Fahne der „Freiheit" gegen die verfassungsmäßig gewählte Regierung Allendes angetreten. „Freie" Privatinitiative innerhalb der „freien Marktwirtschaft" sollte den einzelnen frei machen, der Staat habe keinerlei Eingriffsrechte, so hieß es, er habe sich ausschließlich um die nationale Sicherheit zu kümmern. Um eine solche Politik, nach dem sogenannten „Subsidiaritätsprinzip" in Chile einzuführen, war aber eine absolute Machtkonzentration notwendig die — die Voraussetzung für eine Politik der Gewalt, der staatlichen Übermacht und Willkür, wie sie seit September 1973 in Chile an der Tagesordnung ist.

Denn zuerst mußten alle Formen der Opposition niedergeworfen, gesellschaftliche Rechte abgeschafft, gewerkschaftliche Organisationen zerschlagen werden, um die „freie Marktwirtschaft" auch wirklich „ungemildert" durchzusetzen. **Die Wirtschaftspolitik der Diktatur war nur durchsetzbar, indem man Tausende ermordete, Konzentrationslager im ganzen Land errichtete, mehr als 100000 Personen in den ersten drei Jahren verhaftete, fast 10 Prozent der Bevölkerung ins Exil zwang, Gewerkschaften und Nachbarschaftsorganisationen auflöste und schließlich alle politischen Aktivitäten sowie alle Formen freier Meinungsäußerung verbot.**

Diese „flankierenden" Maßnahmen waren nötig, um eine Politik durchzusetzen, die schon lange geplant war, wie der ehemalige Außenminister Allendes, Orlando Letelier, nachgewiesen hat. 1976, kurz vor seiner Ermordung im nordamerikanischen Exil, wo er den US-Imperialisten zuviel aus der Vergangenheit ausplauderte, schrieb er über den Wirtschaftsplan der Diktatur: „Der Wirtschaftsplan der Diktatur, der jetzt in Chile durchgeführt wird, verwirklicht die wirtschaftlichen Vorstellungen einer Gruppe chilenischer Ökonomen, die zumeist an der Universität Chicago von Milton Friedman und Arnold Harberger ausgebildet worden sind. Die „Chicago-boys", wie man sie in Chile nennt, waren intensiv an den Vorbereitungen des Putsches beteiligt, und überzeugten die Generale davon, daß sie die nackte Gewalt, die das Militär besitzt, durch das ihnen fehlende intellektuelle Vermögen ergänzen bereit waren. Das US-Senatsuntersuchungskomitee hat enthüllt, daß „CIA-Kollaborateure" jene Wirtschaftsmaßnahmen zu planen halfen, die die Junta sofort nach ihrer Machtergreifung durchzuführen begann.". („A Draconian Cure for Chile's Economic Ills", Business Week, 12.1) Zeugen behaupteten vor dem Komitee, daß einige der Chicago-boys Gelder erhielten für Forschungsarbeiten wie den dreihundertseitigen Wirtschaftsplan, der Militärführern vor dem Putsch übergeben worden ist. Es ist daher verständlich, daß die Chicago-boys nach der Machtergreifung darauf brannten, auf die chilenische Wirtschaft „losgelassen" zu werden, wie „The Wall Street Journal", (2.11.73), es nannte. Zunächst gingen sie aber nur schrittweise an die Situation heran. Erst nach einem Jahr ziemlicher Konfusion entschlossen sie sich, daß in Chicago erlernte theoretische Modell ohne große Änderungen in die Tat umzusetzen. Dieser Entschluß führte zu einem persönlichen Besuch Mr. Friedmans in Chile, der sich zusammen mit seinem Kollegen Prof. Harberger in einer Serie von öffentlichen Auftritten, über die die Presse ausführlich berichtete, für die „Schockbehandlung" der chilenischen Wirtschaft aussprach. Friedman bezeichnete diese Methode als die „absolut einzige Medizin. Es gibt keine andere Lösung auf lange Sicht." (El Mercurio, 23.3.75) Die Hauptprinzipien des von Friedman und seinen Anhängern entworfenen Wirtschaftsmodells, das die Junta übernahm, sind folgende: Wirtschaftliche Entwicklung kann nur in einem System stattfinden, in dem der Privatsektor völlig frei zu operieren vermag; Privatunternehmen sind die ertragsreichste Form wirtschaftlicher Unternehmen. Daher soll der Privatsektor der in der Wirtschaft vorherrschende Sektor sein; die Preise sollen entsprechend dem Prinzip des Wettbewerbs frei fluktuieren; die Inflation, der schlimmste Feind wirtschaftlichen Fortschritts, ist das direkte Ergebnis einer Steigerung der Geldmenge (monetäre Expansion) und kann nur durch eine drastische Kürzung öffentlicher Ausgaben beseitigt werden. Soweit die Darstellung Orlando Leteliers. Um genau zu erkennen, welche Auswirkungen diese Wirtschaftspolitik Friedmans (der im übrigen noch Nobelpreisträger ist!) hatte, werfen wir einen kurzen Blick auf die wirtschaftliche Situation Chiles vor der Junta.



Pinochet (links) und seine Junta

Staatliche Investitionen sowohl in den öffentlichen Bereichen, als auch für die Privatwirtschaft waren in Chile, wie in vielen westlich-kapitalistischen Ländern an der Tagesordnung. Zu Zeiten der christdemokratischen Regierung Eduardo Freis betrug der Anteil der staatlichen Investitionen etwa 70 Prozent der gesamten inländischen Investitionen. So hatte sich schon vor der Regierung der Unidad Popular vor allem im Versorgungsbereich ein starker staatlicher Sektor herausgebildet. Unter der Regierung Allende waren dann rund 250 Unternehmen verstaatlicht worden, mit dem Ziel, auch im Industriebereich, im Finanz- und Kreditwesen und im Handel einen stärkeren staatlichen Einfluß herzustellen. Zuletzt waren auch die großen Kupferbergwerke nationalisiert und in Staatseigentum überführt worden. Daneben waren in einer breit angelegten Agrarreform Tausende von Latifundien, Großgrundbesitz abgeschafft worden. Alles in allem führte die Wirtschaftspolitik der Unidad Popular zu einer spürbaren Verbesserung für die Massen in Bezug auf die Arbeitsbedingungen, Gesundheit, Wohnung, Landverteilung und Erziehung. Was natürlich eine ernsthafte Bedrohung für die privilegierten Schichten, für die Bourgeoisie vor allem, darstellte. Anders ausgedrückt: während der Regierungszeit der Unidad Popular erhielten Arbeiter und Angestellte 62,9 Prozent des gesamten Volkseinkommens, 31,7 Prozent gingen an die Besitzenden. Ein Verhältnis übrigens, daß die Militärjunta schon in einem Jahr gänzlich auf den Kopf stellte und später noch weiter zu ungunsten der Arbeiter und Angestellten veränderte.

Wie sie das im einzelnen anstellte, das ist genau nach einem „Fahrplan" der Friedman-Schüler abgelaufen. Dieser Plan war praktisch die exakte Negation der Wirtschaftspolitik der Unidad Popular. So waren die ersten Maßnahmen gegen den hohen Staatsanteil an der Wirtschaft gerichtet, zum zweiten wurden die „Beziehungen zum Weltmarkt neu geordnet", das hieß der radikale Abbau jeglicher Schutzzölle, und zum dritten wurden die staatlichen Sozialausgaben fast völlig abgebaut.

Der Abbau der Sozialleistungen des Staates führte zu einer schnellen massenhaften Verelendung, der Abbau der Schutzzölle zu einer Flut von ausländischen Waren auf den chilenischen Markt, gegen die die einheimische Wirtschaft nicht ankam. So wurde beispielsweise fast die gesamte Weizenanbaufläche des Landes wegen des billigeren US-Imports zu Apfelplantagen umstrukturiert, so daß Chile ganz schnell von ausländischen Importen abhängig wurde. Der nur vorübergehend billigere US-Weizen fraß später dann große Teile des Devisenaufkommens der Exportwirtschaft auf. Chilenische Äpfel hingegen werden auch heute noch westdeutschen Importeuren zu Schleuderpreisen angeboten. Und als die Militärs die staatliche Regulierung des Milchpreises abschafften, war die Folge eine 40prozentige Erhöhung des Verbraucherpreises und ein Absinken des Erzeugerpreises um 22 Prozent, weil nur zwei private Milchverarbeitungsgesellschaften den gesamten Markt kontrollierten.

Herzstück der Wirtschaftspolitik der Militärjunta aber war die Reprivatisierung der Unternehmen, die sich in Staatsbesitz befanden. Dabei setzte ein ungeheurer Prozeß der Monopolisierung ein. Zwischen den wirtschaftlich Stärksten der chilenischen Gesellschaft und den Militärs hatte sich ein enges Bündnis, zum Nachteil von allem der Kreise mittlerer Unternehmer gebildet, die 1973 den Putsch noch mitherbeigeführt hatten. Den Größten und Mächtigsten wurden nun die verstaatlichten Unternehmen und das Land entweder zurückgegeben oder zu lächerlich geringen Preisen verkauft. Innerhalb kürzester Zeit war die gesamte chilenische Industrie, Forstwirtschaft, die Agrarindustrie, der Großhandel, die Exportwirtschaft, ja sogar Eisenbahnen und öffentliche Versorgungsunternehmen in den Händen von nicht mehr als 15 Wirtschaftsgruppen. Jede dieser Gruppen bestand aus nur wenigen Personen, drei dieser Gruppen waren absolut vorherrschend. Diese Wirtschaftsgruppen waren es auch, die alle reprivatisierten Banken kontrollierten.

Mittlerweile hatten viele Maßnahmen der neuen Wirtschaftspolitik „gegriffen". Massenhafte Arbeitslosigkeit, seit 1975 immer 30 Prozent und mehr, und die ungehemmte ausländische Konkurrenz führten zu einem enormen Rückgang der inländischen Beschäftigung, der Produktion und auch des Konsums. Viele Unternehmen brauchten Kredite, die aber , da der Staat sich völlig aus der Kreditwirtschaft heraushielt, extrem teuer waren. Bis zu 80 Prozent Zinsen wurden verlangt. Die Banken begannen vor allem „eigene" Unternehmen zu finanzieren. Die waren aber oft schon durch den Kauf der Banken verschuldet. Und die „normalen" Ersparnisse bei den Banken waren unter der Junta immer die niedrigsten in ganz Lateinamerika.

So ging man auf den ausländischen Kapitalmarkt. Mit dem Wachsen der Auslandsverschuldung begann das Funktionieren des chilenischen Wirtschaftswunders der ersten Jahre der Junta. Von vielen westlichen Politikern — nicht zuletzt Franz Josef Strauß, wurde dies System hochgelobt: **Eine autoritäre Regierung, ohne organisierte Opposition, ohne politische Parteien, ohne Gewerkschaften, ohne Parlament, ohne gesellschaftliche Kontrolle.**

Aber die Inlandsnachfrage sank ständig. Die geknechtete Arbeiterklasse nagte am Hungertuch, sogar mittleren Bauinteressenten mußten Baugelder aus dem Ausland besorgt werden. Erste große Risse im Wirtschaftsmodell zeigten sich, als das größte Monopol des Zuckerhandels und der Zuckerproduktion zusammen mit den dieser Wirtschaftsgruppe zugehörenden Banken bankrott ging. Man hatte sich einfach verspekuliert. Dieser Bankrott riß viele andere Unternehmen und regionale Privatbanken mit in den Ruin.

Die Verschuldung der Betriebe bei den Banken, der Banken an die ausländischen Geldgeber war ins Unermeßliche gestiegen. 1981 importierte Chile für 3,5 Milliarden Dollar mehr, als es exportierte. Dazu mußten rund 2 Milliarden Dollar Zinsen ins Ausland gezahlt werden und rund 1,5 Milliarden Dollar an Tilgungen, also Rückzahlungen. Die gesamte Devisenmenge, die Chile durch den Export hereinbekam, betrug 3,5 Milliarden Dollar. Die Zahlungsverpflichtungen aber 7 Milliarden Dollar nur für 1981. Insgesamt war die Auslandsverschuldung schon auf 15 Milliarden Dollar angewachsen. Wieder wurden für die Rückzahlungsverpflichtungen allein 7 Milliarden Dollar neuer Kredite aufgenommen.

Jetzt aber wurden die ausländischen Geldgeber — vor allem der Internationale Währungsfond (IWF) vorsichtiger. Der IWF machte Auflagen, die den wachsenden Kreditbedarf Chiles bremsen sollten. Die folgenden „Anpassungsmaßnahmen" im Rahmen einer sogenannten „rezessiven" Wirtschaftspolitik sollten die auseinandergehende Schere zwischen Exporterlösen und Auslandsverpflichtungen wieder schließen. Das sollte einfach über eine allgemeine Verlangsamung der Wirtschaftsprozesse erreicht werden. Drastische Steuererhöhungen, Zinsanhebungen auf wieder über 75 Prozent, staatlich verordnete Lohnsenkungen hatten aber vor allem den „Erfolg" einer drastischen Nachfragesenkung für alle inländischen Güter. Eine riesige Pleitewelle begann. Die für die Banken völlig uneinbringbaren Forderungen waren im Mai 19[illegible] 15mal so hoch, wie das gesam[illegible] Vermögen aller chilenischen Banken. Die Wirtschaft war bankrott. **Was all das an Elend, Hunger, Arbeitslosigkeit und fehlenden Sozialleistungen für die Masse der Bevölkerung brachte, läßt sich hier gar nicht darstellen.**

Die „monetäre" Wirtschaftspolitik eines Milton Friedman, die hier so „lupenrein" und konsequent durchgeführt wurde, hat aber nicht nur das große internationale Kapital zum nominellen Eigentümer aller produktiven Werte in Chile gemacht, es hat auch große Teile der nationalen Wirtschaft zerstört. Jahre wird es nach Pinochet dauern, bis Chile sich von der totalen Importabhängigkeit, die vom Weizen bis zu vi[illegible]len wichtigen Konsumgütern geht, wieder befreien kann. Und das wird ein kapitalistisches Wirtschaftssystem nicht leisten können. Denn die Wirtschaftspolitik der Junta war nichts anderes als die in letzter Konsequenz durchgeführte Politik des „freien Marktes". Und Milton Friedmans Anhänger sitzen nicht nur in Santiago am Ruder. Ronald Reagan gehört dazu, wie auch Maggi Thatcher, und ein Graf Lambsdorff gehört auch zu den Bewunderern dieses Nobelpreisträgers für kapitalistische Wirtschaftspolitik.

***Ohne Kommentar* dokumentieren wir einen Kommentar des Springer-Kolumnisten und Friedman-Anhängers Paul C. Martin, den er in der April-Ausgabe des „Internationalen Magazins für Männer: Penthouse", deutsche Ausgabe, im April 1983 veröffentlichte:**

Nicht, daß Sie glauben, ich scherze: die größten Profite, die nach dem zweiten Weltkrieg überhaupt mit Aktien zu erzielen waren, von denen haben **Sie** noch nie etwas gehört. Es war das „Doppel-Plus mit dem Doppel-P: Das sensationelle Geld, das die Herren Papadopoulos und Pinochet den Anlegern bescherten. Papadopoulus war jener griechische Putschist, der 1967 Panzer auffuhr und für Ruhe, Ordnung und ein Rechtsregime sorgte. Pinochet ist jener chilenische Putschist, der im September 1973 den Sozialisten Allende zum Abgang per Suizid zwang.

Die Börsen von Athen und Santiago erlebten daraufhin Orgasmen. Die Kurse selbst der obskursten Nebenwerte explodierten. Vierfaches, achtfaches, selbst zwanzigfaches Geld war an der Tagesordnung. Und jeder durfte ganz dabeisein. Denn selbst der Kleinsparer Obermoser aus Hinterpfaffenhofen hätte aus zehn Mille hart Erspartem 100000 Mark oder auch das Doppelte machen können — und das vollständig ohne Risiko. Es gibt auf der Welt keinen sichereren Aktientip als ein Militärregime, ein „rechtes" notabene. Wenn die Linksoppositionellen im KZ verschwinden, wenn Schweden die diplomatischen Beziehungen abbricht und wenn der Heimatdichter aus den Slums der Hauptstadt den Nobelpreis für Litaratur erhält, Anleger, dann ist das eure Stunde!
Paul C. Martin.

Meldungen

Philippinen:

Ein Mord der Marcos-Diktatur

Bei der Rückkehr aus nordamerikanischem Exil wurde der Führer der Opposition gegen die faschistische Marcos-Diktatur auf dem Flughafen von Manila ermordet.

Während ihn begleitende Journalisten im Flugzeug festgehalten wurden, wurde Benigno Aquino auf der Gangway erschossen. Der Attentäter soll sofort von anwesenden Soldaten ebenfalls erschossen worden sein. Diese Version allein ist schon zu durchsichtig — der schnelle Tod des Attentäters, die anwesenden Soldaten und die Abschirmung der Journalisten — das alles spricht für ein abgekartetes Schauspiel.

Aber einigen Journalisten gelang es doch, mitzubekommen, was sich abgespielt hat. Ein Reporter der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo berichtete, die Beamten, die Aquino aus dem Flugzeug führten, hätten ihre Pistolen gezogen und den Politiker erschossen. Ein anderer bestätigte diese Version. Der faschistische Diktator Marcos, der heuchlerisch von einem abscheulichen Verbrechen sprach, hatte den Oppositionsführer selbst gewarnt, nicht nach Manila zurückzukehren.



Benigno Aquino

Benigno Aquino, ein fortschrittlicher, christlicher Gegner der Diktatur, war von Marcos' Justiz zum Tod verurteilt worden. Nach sieben Jahren und sieben Monaten Einzelhaft während der Prozedur der Wiederaufnahme des Verfahrens durfte Aquino zu einer Herzoperation nach den USA ausreisen. Offensichtlich hatte Marcos gemeint, sein politischer Gegner würde dort bleiben, die Sache sei damit erledigt. Aber Aquino und seine Freunde — tausende waren auf dem Flugplatz erschienen — hatten schon eine Erklärung vorbereitet, die am vergangenen Sonntag veröffentlicht wurde. Darin hieß es: *„Ordnet meine sofortige Hinrichtung an — oder laßt mich frei! Ich bin aus freiem Willen zurückgekehrt, um mich den Reihen derjenigen anzuschließen, die um die Wiederherstellung unserer Rechte und Freiheiten durch Gewaltlosigkeit kämpfen."* Gewaltlosigkeit ist aber nicht die Sprache, die die Diktatur Marcos spricht. Selbst sämtliche elf umstrittenen Belastungszeugen des Regimes, die das damalige Todesurteil gegen Aquino zu sprechen halfen, sind heute nicht mehr am leben...

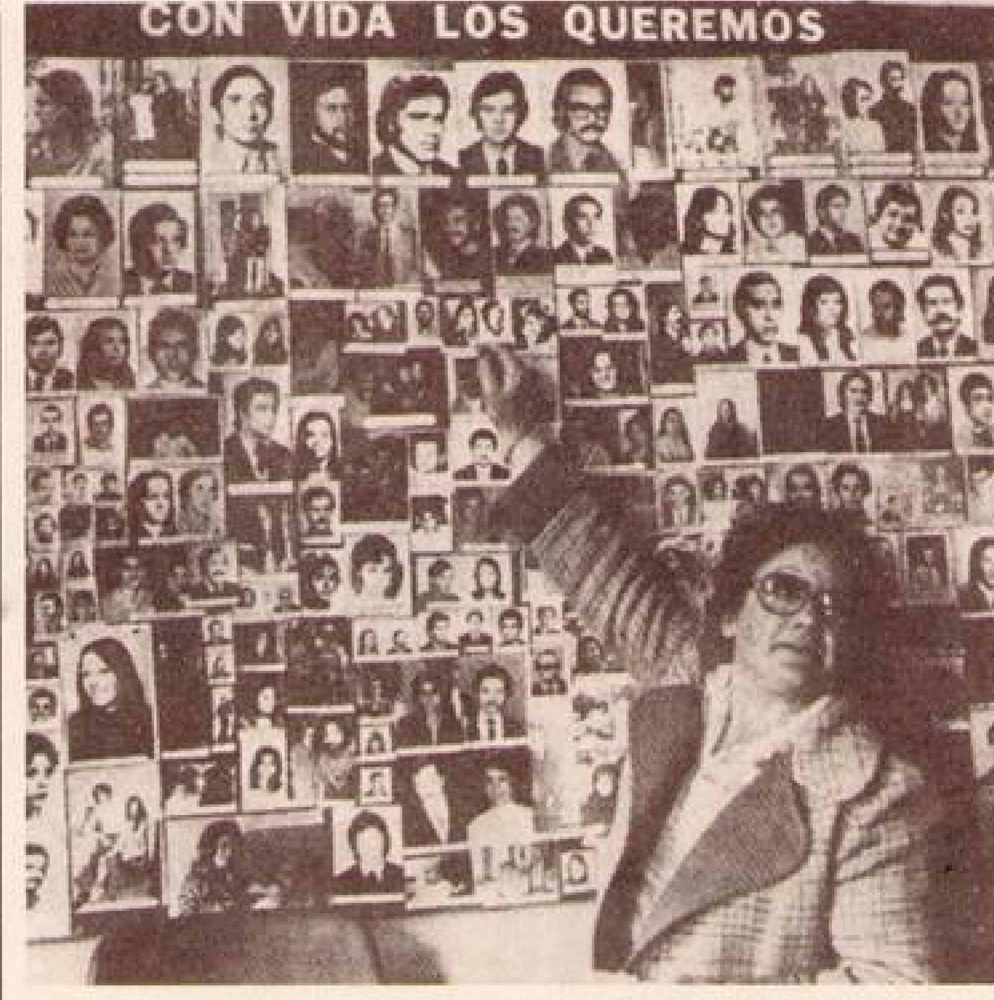
Argentinien:

Massenprotest gegen Folterregime

Am Freitag, dem 19. August, haben rund 40000 Menschen in Buenos Aires gegen die Militärregierung des Landes demonstriert. Anlaß der Großdemonstration war ein geplantes Amnestiegesetz der Militärs, mit dem sie vor allem sich selbst und ihre mörderischen Helfershelfer reinwaschen wollen.

In den letzten Jahren sind nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen zwischen 6000 und 15000 Menschen im Land verschwunden. Von den meisten fehlt jede Spur. In vielen Fällen konnte nachgewiesen werden, daß die von den Streitkräften selbst, oder von Polizeieinheiten in Uniform oder Zivil verschleppt, gefoltert und getötet wurden.

Aufgrund der breiten Protestbewegung, vor allem der „Mütter des Maiplatzes", das sind Angehörige Verschwundener, die schon viele Aktionen gegen die Militärs durchgeführt haben, sind in Argentinien die ersten Gerichtsverfahren gegen Polizisten und zum Teil sehr hohe Militärs ins Rollen gekommen. Aus diesem Grunde will die Militärregierung — nachdem sie einfach alle Verschwundenen für tot erklärt hat — jetzt diese Amnestie für ihre eigenen Verbrechen durchführen. Der vom Druck der protestierenden Öffentlichkeit geschaffene Freiraum für die zivile Gerichtsbarkeit wird durch die neuen Demonstrationen unterstützt und hoffentlich erweitert. Denn viele der Richter, die sich getraut haben, gegen die Machthaber Untersuchungsverfahren einzuleiten, sind schon mehrmals mit Morddrohungen „gewarnt" worden, die Verfahren einzustellen.

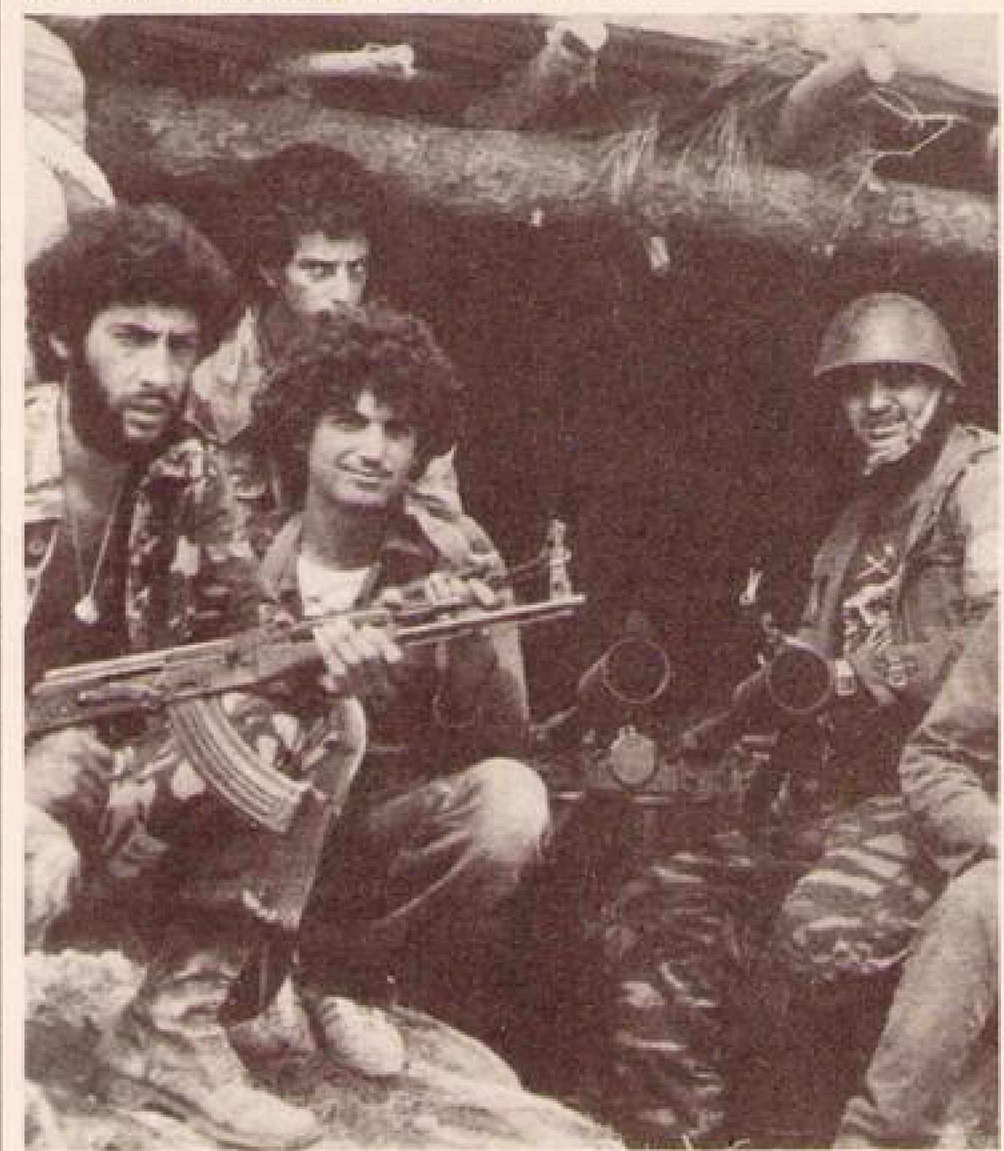


Unser Bild zeigt eine der „Maiplatz-Mütter", Norma de Cortines,mit Portraits von einigen der Verschwundenen.

Weiterhin Krieg im Libanon

Israel gießt Öl ins Feuer

Spätestens der Besuch des israelischen Kriegsministers Arens bei den Falangisten im Schuf-Gebirge südlich von Beirut hat gezeigt, wer hinter wieder aufflammenden Kämpfen im Libanon steht, wer, wie eine libanesische Zeitung sogar schrieb, „Öl ins Feuer gießt": Die israelischen Zionisten, die weiter an einer Destabilisierung des Libanon arbeiten, um ihrem Ziel, das Land zu zerteilen und große Teile zu beherrschen und unter Kontrolle zu haben, näherzukommen.



Einheiten des Drusenführers Walid Dschumblat im Libanon

Nach dem offenen Krieg, den die israelische Armee im Libanon führte, um die dort stehenden Einheiten des palästinensischen Volkes, deren Land sie besetzt halten, zu vernichten, haben sich die linken, fortschrittlichen Kräfte im Libanon vor allem unter dem Führer der Drusen, Walid Dschumblat, gesammelt. Sie stehen im Kampf gegen die Falangisten, von Israel ausgehaltenen, regierungsfreundlichen Einheiten, die die Stadthalterrolle der Regierung Gemayel absichern.

Die Drusen sind ein christlicher Volksteil des Libanon, der schon lange für eine sozial-revolutionäre Politik eintritt und vor allem die israelische Großmachtpolitik und die US-abhängige Bourgeoisie im Libanon bekämpft. Die von der herrschenden Clique um Amin Gemayel praktsch als Privatarmee gehaltenen Falangisten sind schon lange auf alle Einheiten der Drusen angesetzt. Vor allem im Schuf-Gebirge kam es wiederholt zu schweren Kämpfen.

Der kürzliche Besuch des israelischen Verteidigungsministers Arens war eine starke Unterstützung für die Falangisten. Arens besuchte im Libanon das Hauptquartier des Kommandorats der Falangisten, der sogenannten „Libanesischen Streitkräfte" (FL). Das Ziel dieser Aktion machte ein israelischer Armeesprecher deutlich. Er sagte, das Gebiet im Schuf-Gebirge könne auch nach einem Abzug der israelischen Truppen aus der Region israelischer Kontrolle unterstellt bleiben. Mit anderen Worten, mit einer von Israel bezahlten und abhängigen Armee sehen die Zionisten ihre Großmachtpläne auch so gesichert.

Diese Politik ist sogar in libanesichen Regierungskreisen, die sicherlich keine Freunde der linken Einheiten Dschumblats sind, auf Kritik gestoßen. Weil auf der einen Seite die ersten Kontakte der im Libanon verfeindeten Gruppen geknüpft worden sind, andererseits die Regierung nicht so deutlich an den Rand gedrückt werden will, gab es Protest aus Beirut. „Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Libanon", hieß es aus Regierungskreisen. Eine regierungsnahe Zeitung sogar nannte die Politik der Israelis beim Namen: Mit seiner „Druckausübung", so „Al Liwa", wolle Israel den Libanon in eine ausweglose Lage bringen, um dann die Teilung des Landes zu besiegeln. Mit der offenen Unterstützung der volksfeindlichen Falangisten im Libanon hat die Regierung Begin die Hauptverantwortung, die Hauptschuld für neues Blutvergießen im Libanon.

In Israel selbst wurde jetzt der 84. Reservist verurteilt, der sich weigerte, der zionistischen Armee im Libanon zu dienen. Ein 33jähriger aus Jerusalem erklärte dem Militärgericht vor seiner Verurteilung: „In Übereinstimmung mit meinem Eid habe ich gelobt, die Sicherheit Israels zu verteidigen, aber ich bin nicht bereit, als Söldner zu dienen — weder für Reagans noch für Begins Imperium." Zur Zeit sitzen noch mindestens 13 Reservisten, zum Teil seit Monaten im Gefängnis, weil sie den Einsatz im Libanon verweigert haben. Jetzt wollen die Verweigerer eine Demonstration vor Begins Regierungssitz organisieren.

3. Jahrestag des Abkommens von Gdańsk

Vor neuen Kämpfen in Polen

Kurz vor dem dritten Jahrestag des Gdańsker Abkommens von 1980, das der Gewerkschaft „Solidarność" Legalität und den kämpfenden Arbeitern viele politische und soziale Verbesserungen brachte, die erst durch eine Militärdiktatur rückgängig gemacht werden konnten, bereiten sich beide Seiten, die Arbeiter und die Herrschenden auf neue Kämpfe vor.

Vor allem in der Stadt Gdańsk, traditionell eine Hochburg der kämpferischen Arbeiterklasse, will die Regierung jegliche Aktivität unterbinden. In einem Aufruf über alle Radiosender warnte man die Arbeiter. Wie es hieß, seien die Sicherheitskräfte angewiesen worden, in „Übereinstimmung mit den Gesetzen" die Ruhe und ungestörte Arbeit entschlossen zu garantieren. Außerdem wurden die Betriebe ermahnt, die Anordnungen gegen Personen, die unerlaubt ihren Arbeitsplatz verlassen, strikt zu vollziehen. Dazu muß man wissen, daß „in Übereinstimmung mit den Gesetzen" in Polen heißt, in Übereinstimmung mit den Notstandsgesetzen, die nach der offiziellen Beendigung der Herrschaft der polnischen Militärs das Volk und die Arbeiterklasse unterdrücken. Denn in Polen hat sich nur die Form des Ausnahmezustandes geändert, der am 13. Dezember 1981 als letzte Antwort gegen die Arbeiterklasse ausgerufen wurde.

Die im Untergrund arbeitende Führung der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" hat aber die Bevölkerung zum Kampf gegen die Regierung des Generals Wojciech Jaruzelski aufgerufen. In der letzten Ausgabe ihrer Zeitung „Tygodnik Mazowsze", die immer wieder erscheint, wird der Ausnahmezustand in Polen als ein Fehlschlag für die Regierung bezeichnet. Tausende von geheimen, in der Illegalität arbeitenden Gewerkschaftsorganisationen und Zellen bewiesen, daß „Solidarność" weiterlebe. Außerdem sei die polnische Bevölkerung gestärkt aus der Zeit des Kriegsrechts hervorgegangen. Alle Gewerkschaftsanhänger wurden aufgefordert, mit energischen Demonstrationen die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erzwingen und für die Wiederherstellung der Gewerkschaftsrechte einzutreten. Dieser Aufruf ist von allen bekannten, im Untergrund lebenden und arbeitenden Arbeiterführern unterzeichnet.

Dagegen hat sich Lech Walesa gegen solche Aktionen gewandt. Er ist sich sicher, daß der dritte Jahrestag des Abkommens von Gdańsk „ohne große Explosionen oder Straßenschlachten" über die Bühne gehen würde, auch wenn die Regierung provozieren würde. Walesa meinte, die zuständigen Stellen hätten offenbar die Absicht, bei derartigen Straßendemonstrationen „die Mutigsten von uns festzunehmen". Zu denen scheint er zur Zeit nicht zu gehören, sagte er doch eine Rede vor Arbeitern wegen der Gefahr verhaftet zu werden kurzfristig wieder ab. Die Arbeiter allerdings sind zu Kampfaktionen bereit, erste angekündigte Maßnahme ist ein achttägiger Bummelstreik, der zur Vorbereitung des Jahrestages dienen soll.

Ein weiteres Armutszeugnis der sich „sozialistisch" nennenden Regierung in Polen ist die jetzt verkündete endgültige Auflösung des polnischen Schriftstellerverbandes. Der war mit Verkündung des Kriegsrechts von Jaruzelski zunächst nur „suspendiert" worden. Trotz intensiver Bemühungen vieler regierungstreuer Autoren war die Mehrzahl der Mitglieder nicht im Sinne der Herrschenden auf „Linie" zu bekommen. Das Verbot des Schriftstellerverbandes nach der Gewerkschaft „Solidarność", dem Journalistenverband, dem Künstlerverband und dem Studentenverband die fünfte große Massenorganisation, die verboten ist, zeigt, wie wenig breit die Unterstützung der angeblichen Kommunisten in Polen heute ist.

In der Begründung für die Auflösung des Verbandes heißt es, der Verband habe sich nicht um das literarische Leben in Polen gekümmert, sich dafür aber um so mehr auf die Schaffung von „gesellschaftspolitischen Alternativen in der Kultur und Erziehung" konzentriert. Und ganz offen heißt es, der Verband solle durch die Auflösung von jenen Mitgliedern gesäubert werden, die sich nicht der staatlichen Zensur beugen wirden und gar im Ausland ihre Werke veröffentlichten.

Die auf Weisung der Kulturabteilung des Zentralkomitees der revisionistischen Partei Polens vollzogene Auflösung des Schriftstellerverbandes, der immerhin noch 1300 Mitglieder hatte, wird weitere Intellektuelle in Gegnerschaft zur Jaruzelski-Regierung bringen. Eine kleine Gruppe absolut regimetreuer Autoren will jetzt an den Aufbau eines neuen Verbandes gehen. Dort mitzumachen ist bestimmt eine offene Parteinahme für die volksfeindliche Regierung in Polen.

Wie die Christlich-Sozialen in München miteinander umgehen:

„Schleich di, du Drecksau, schleich di, sonst knallt's. Du Drecksack, hau ab, du katholischer."

Weil parteiinterner Streit der Münchner CSU jetzt vor die Gerichte getragen wurde, ist einiges über die Art und Weise bekanntgeworden, wie man sich bei den Münchner Christlich-Sozialen so im Alltag auseinandersetzt.

Hintergrund der Affäre ist der Kampf in zwei Münchner Ortsverbänden. In dem einen Ortsverband, Fasangarten, „regiert" unangefochten Erich Riedl, Oberpostdirektor außer Diensten, Bundestagsabgeordneter der CSU in Bonn, Vorsitzender eines Münchner Kreisverbandes der CSU und Exmanager des ruinierten und heute drittklassigen ehemaligen Bundesliga-Vereins München 1860. Unterstützt wird Riedl von einigen jüngeren CSU-Politikern, allen voran Franz-Georg Strauß und Max Strauß, Söhne des großen Alten. „Monarchistische Züge" trage die Führung dieser Gruppe, besonders Max Strauß führe „informelle Regie", so schreibe man den Stil im Ortsverband Fasangarten.



CSU-Mann Erich Riedl: „Du Drecksau ..."

Wie sich diese Truppe eine starke Hausmacht in der Münchner CSU geschaffen hat, ist zum heftigen Streitpunkt der Parteiorganisation geworden. Denn noch vor zwei Jahren war der Ortsverband Fasangarten eher unbedeutend. Plötzlich kam es zu einem wundersamen Mitgliederzuwachs. Von den 530 Mitgliedern, die man plötzlich präsentierte und damit den stärksten Ortsverband darstellte, wohnten aber über 300 gar nicht im Ortsbereich, 90 überhaupt nicht in München und ein gutes Dutzend sogar außerhalb Bayerns.

Diese Mitgliedschaft wählte die oben beschriebene Führungsmannschaft, die sich dann den benachbarten piekfeinen Ortsverband Harlaching vornahm. Dieser Ortsverband war lange Zeit Hochburg Richard Hundhammers, ein Sohn des CSU-Mitbegründers Alois Hundhammer, der zeitlebens ein innerparteilicher Strauß-Feind war. Der Sohn des alten „Alisi" stand dann auch auf der Abschußliste der Strauß-Fans vom Fasangarten.

Kurz bevor in Harlaching Neuwahlen anstanden, meldeten sich ein paar Dutzend Mitglieder des Ortsverbandes Fasangarten nach Harlaching um, Hundhammer war weg vom Fenster, ein Kandidat Riedls wurde gewählt. Als dann Manipulationsvorwürfe auftauchten, verschleppte der Kreisvorsitzende Riedl erstmal das Verfahren und später bestätigte die Landesschiedskommission den neugewählten Vorsitzenden.

Richard Hundhammer, der in der CSU nach und nach alle Parteiämter verliert, traf auf Riedl bei einer CSU-Werbeveranstaltung im Lokal „Gartenstadt" in Harlaching. Hier machte Riedl dann Hundhammer so an: „Schleich di, du Drecksau, schleich di, sonst knallt's. Du Drecksau, hau ab, du katholischer."

Denn der ganze Streit hat wenig konkrete politische Hintergründe. Die Strauß-Freunde bekämpfen lediglich einen anderen extrem schwarzen Kreis innerhalb der CSU. Die oberkatholischen, die der alte Hundhammer anführte. Alois Hundhammer als Statthalter des Ritterordens vom heiligen Grabe zu Jerusalem hatte Strauß immer den Zugang zu dem letzten Hort des wahren bayerischen Katholizismus dem „Petra-Kreis" verweigert und ihn öffentlich für unwürdig erklärt. Diese Scharte wetzt Franz Josef mit Hilfe seiner Leute wieder aus. Mit welchen Mitteln — siehe oben.





Aufruf
zur glorreichen Huldigung und öffentlichen Selbstzüchtigung anlässlich der Ankunft des Großinquisitors Friedrich Zimmermann d.L. und seiner Kurie in Hamburg am 2. Sept. 1983 a.D.

Am 1. und 2. September sind im Hamburger Rathaus die Innenminister und -senatoren der Länder, sowie der Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann versammelt. Auf ihrem Programm stehen bewegende Themen: Demonstrationsrecht, Aufrüstung der Polizei und/oder des Bundesgrenzschutzes mit CS-Gas und Gummigeschossen, Türken-„Rückführung", neuer Personalausweis und Volkszählung.

Wir finden die Ankunft des Großinquisitors sollte auch die Bürger Hamburgs und der ganzen Bundesrepublik zu einer mächtigen Demonstration ihres Unterwerfungswillens veranlassen.

Geplant sind vielfältige Unternehmungen:

- Ein Block der Büßer und Geißler, die öffentlich zeigen, daß sie in Zukunft nur noch gegen sich selber Gewalt anwenden wollen.
- Ein Block der Husten und Schnupfenkranken, wie sie im Winter 50 Prozent der Demonstrationszüge stellen und die bald Probleme mit ihrem ärztlich verordneten Schal vorm Gesicht bekommen werden.
- Die Ausstellung des ersten fälschungssicheren Abwieglerausweises, wie er ab Januar unentbehrlich sein wird,
- und vieles andere mehr.



Aus der albanischen satirischen Zeitschrift „Hosteni", 26. 8. 1982

Die überraschende Kontrolle

Der Betriebskontrolleur betrat das Lokal zu einer Zeit, als dort gerade sauber gemacht wurde, es also keine Kunden gab. Er marschierte schnurstraks auf die Theke zu und begann die Wirtin und den Kellner, der sich an der Theke aufhielt, auszuzanken.

„Uns liegen Beschwerden vor!"

Die mit einer schwarzen Schürze bekleidete stämmige Wirtin blickte den mit einem weißen Jackett bekleideten schnurbärtigen Kellner an.

„Jawohl", fuhr der Kontrolleur mit gestrenger Miene fort, „wir verfügen über Angaben von Gästen, daß die Rakigläser nicht voll eingeschenkt werden."

Die Wirtin und der Kellner begehrten auf, doch der Kontrolleur sprach weiter:

„Diejenigen, die uns Hinweise gegeben haben, sind ernsthafte Leute. Deshalb werden wir Maßnahmen gegen euch ergreifen und ..."

„Aber Genosse ..."

„Es gibt kein ‚Aber'. Hier haben wir es mit Betrug zu tun, mit Unterschlagung ..."

„Das ist doch gar nicht wahr!" rief die Wirtin aufgebracht. „Kontrollier doch ein Glas Raki, das ich gerade zum Servieren ausgeschenkt habe."

Und sie setzte ihm ein Glas Raki vor. Verstohlen warf der Kontrolleur einen Blick auf das Glas, ohne die Wirtin anzuschauen.

„Warum, macht ihr alle so voll?" fragte er.

„Das können wir dir versichern", warf der Kellner ein.

Nach einer kurzen Pause fragte der Kontrolleur:

„Was für ein Raki soll das sein?"

„Përmeti".

„Man hat mir aber gesagt, daß ihr Raki Skrapari im Ausschank habt."

„Der Skrapari", erklärte die Wirtin, „kommt heute. Doch trink diesen hier. Koste einmal!"

Als der Kontrolleur zum Trinken ansetzte, kam ihm der Raki gut vor, deshalb leerte er das Glas in einem Zug.

„Wie dem auch sei", setzte er hinzu, „paßt nur auf, daß ihr nicht in die roten Zahlen kommt, es ist nicht in Ordnung, die Gläser so übertrieben voll zu machen, verwerflich ist das sogar", sagte er und stürzte das zweite Glas hinunter, das ihm die Wirtin herübergeschoben hatte.

Inzwischen hatte der Kellner das Lokal geöffnet. Die ersten Gäste traten ein, die Leute bestellten, die Gläser klirrten und der Expressoautomat begann zu zischen. Währenddessen ging der Dialog Kontrolleur — Wirtin weiter, mit ein paar Einwürfen des Kellners, der die Gäste an den Tischen bediente und hin und wieder an die Theke kam.

Nachdem er das dritte Glas getrunken hatte, sagte der Kontrolleur:

„Geht mir fürsorglich mit den Gästen um. Sie bezahlen und müssen entsprechend bedient werden."

„Genau, Recht hast du" versetzte die Wrtin, während sie entsprechend den Bestellungen, die der Kellner aufgab, die Gläser für die Gäste füllte. Noch ein weiteres füllte sie dem Kontrolleur, der weiter trank und einen Moralischen bekam.

„Mir ist aufgetragen worden, eure Arbeit zu überprüfen und Maßnahmen zu ergreifen, aber wenn es so ist ..."

„Es ist so, das versichere ich dir", entgegnete die Wirtin, „sieh nur, all die Gläser, wie voll, wie randvoll ich sie mache ..."

Doch jetzt war das Gehirn des Kontrolleurs bereits benebelt. Er wußte nicht mehr, ob er gekommen war, um aufzupassen, um etwaige Maßnahmen zu ergreifen oder um selbst zu trinken. Wie dem auch sei, der Raki stachelte ihn an zu sagen:

„Es ist alles überprüft. Wir wissen jetzt Bescheid, ihr habt das richtige Bewußtsein. Ihr seid kein Problemfall für das Direktorat."

Und auf ihre Gesundheit trank er noch zwei weitere Gläser.

Als er sich zu gehen anschickte, zufrieden, daß die überraschende Kontrolle vollen Erfolg gehabt hatte, fragte der Kellner die Wirtin:

„Wieviel Gläser hast du ihm ausgeschenkt?"

„Sieben Kurze", sagte sie.

Der Kellner kritzelte etwas auf seine Block, riß ein Blatt ab und reichte es dem Kontrolleur:

„Zehn Lek fünfzig, Genosse!"

Der Kontrolleur hielt verblüfft inne:

„Ich?" fragte er verwundert.

„Du" versetzte der Kellner, „wer sonst, etwa ich?"

Man Caka *(Übers.: J. Vetter)*

Montag, 22. August 1983 — SPORT VOM WOCHENENDE

Europameisterschaft der Schwimmer in Rom

9:5 gegen die Niederlande

Guter Start der Wasserballer

Rom (dpa/sid) – Die bundesdeutsche Wasserball-Nationalmannschaft startete als Titelverteidiger bei der Europameisterschaft in Rom programmgemäß mit einem 9:5 (2:2, 3:1, 3:1, 1:1) gegen Holland. Die Mannschaft des rumänischen Trainers Nikolai Firoiu hatte am Samstag vor 2000 Zuschauern nur im ersten Viertel mit ihrer eigenen Nervosität zu kämpfen. Für den Europameister von Split 1981 war der Berliner Hagen Stamm vom deutschen Meister Wasserfreunde Spandau mit drei Treffern erfolgreichster Schütze. Die weiteren Tore erzielten die Berliner Frank Otto und Roland Freund (je zwei) sowie der Duisburger Rainer Osselmann (2).

Die erste Überraschung gelang Außenseiter

VATIKAN 2 1 8 — WELTAUSWAHL 0 0 0

... aber wehe, wenn der Vatikan antritt!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros und Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 832328, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918.

2000 **Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover 91**, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3**, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 523966.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr,

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.